

# Sozialdemokratischer Pressedienst

**Verleger und Chefredakteur:**  
Erich Hilferding, Berlin.  
Telefon: Amt Dönhof 4196/4198



**Redaktion für Berlin und Umgebung:**  
Berlin O 21 61, Zella-Küppers-Platz 5  
**Druckverlag:** Cepelin

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Inhalt ist nur auf Grund bestmöglicher Zusicherung geschützt. Abnahme beträgt 4 Bogen  
von dem Druckverlag, wenn nicht anders vermerkt ist. Copyright für beide Teile © Berlin.

Berlin, den 26. Mai 1930

Der missverständliche Reichsfinanzminister, Dr. Hilferding

Was er gesagt und was er gemeint hat

Dr. Hilferding  
Soz. Geschiedenis  
Amsterdam

SPD. Der Reichsfinanzminister hat dieser Tage in Köln in einer volksparteilichen Versammlung eine Rede gehalten, in der er nach dem Bericht eines Kölner Blattes, das ihm lokal- und parteipolitisch sehr nahe steht, u.a. gesagt haben soll, die Sozialdemokratie habe sich in der kritischen Zeit geweigert, die Verantwortung für die Schritte zu übernehmen, die für die Gesundheit unseres Volkes unbedingt notwendig gewesen seien. Die jetzige Regierung sei fest entschlossen, das Ziel der Sanierung mit allen Mitteln durchzusetzen, wenn erforderlich auch ohne Reichstag. Die Regierung habe zu regieren und der Reichstag zu kontrollieren, ein Parlament, das auch regieren wolle, dürfe es nicht geben. Wenn der Damm zu reissen drohe, komme es nicht darauf an, dass die letzten Gesetze der Aesthetik erfüllt würden, dann gelte es zu handeln, wobei auch ganz ruhig ein paar Schönheitsfehler mit in Kauf genommen werden könnten.

Am Montag hat der sozialdemokratische Abg. Dr. Hilferding zu diesen Ausführungen Moldenhauers das Nötige gesagt. Er hat die falsche aber jetzt so beliebte Darstellung der Motive der Sozialdemokratie zurückgewiesen, und die überaus gefährlichen verfassungsrechtlichen Seitensprünge Moldenhauers in das rechte Licht gerückt. Aber der Angegriffene ist ausgewichen. Das, was im Bericht des Kölner Blattes steht, will er entweder nicht gesagt haben, oder wenn er es gesagt habe, so sei es anders gemeint gewesen. Er habe darauf hinweisen wollen, dass die Sozialdemokratie die Regierung verlassen hätte, weil sie die Verantwortung für die sozialpolitischen Folgen der eingeleiteten Gesetzgebung nicht tragen zu können erklärte. Er habe nicht von der Notwendigkeit gesprochen, ohne den Reichstag zu regieren, sondern er habe die Auflösung des Reichstags und den Appell an die Wähler für den Fall in Aussicht stellen wollen, dass das Parlament der Annahme der von der Regierung für erforderlich gehaltenen Gesetze widerstrebe.

Natürlich müssen wir die Auslegung, die der Finanzminister seinen Worten gibt, als authentisch gelten lassen. So hat er es gesagt und so hat er es gemeint, und wir können nur beklagen, dass das Kölner Blatt über die Rede eines ihm nahestehenden Ministers einen so schlechten Bericht herausgibt. Dass einmal ein einzelner Satz einer Ansprache missverstanden wird, kommt sicher häufig genug vor. Aber dass der ganze Sinn falsch wiedergegeben wird ist ein Pech, das einem Redner doch seltener zustoßt. Vielleicht äussert sich die "Kölnische Zeitung" selbst einmal über diesen Gegenstand und teilt uns mit, ob sich Herr Moldenhauer nicht doch am Ende über wichtige staatsrechtliche Probleme zum mindesten recht zweideutig geäußert hat.

Zu einer Wendung in dem Bericht hat sich Herr Moldenhauer aber auch am Montag im Reichstag bekannt, nämlich zu der, dass die Regierung zu regieren und der Reichstag zu kontrollieren habe. Auch sie ist bedenklich und angreif-

bar genug. Das Parlament hat nicht nur zu kontrollieren, sondern auch die Regierung zur Verantwortung zu ziehen und sie eventuell durch die Entziehung des Vertrauens zum Rücktritt zu zwingen. Die Regierung regiert, aber auch wenn sie noch so stark ist oder sich als noch so stark gebärdet, so trägt sie die Verantwortung gegenüber der Volksvertretung. Doch von diesem Grundsätzlichen abgesehen, nimmt sich die häufige Unterstreichung der führenden Stellung des Kabinetts durch die gegenwärtigen Minister und namentlich durch den Reichsfinanzminister etwas komisch aus. Wo war denn Herr Moldenhauer als es sich darum gehandelt hätte, die ursprüngliche Vorlage aufrecht zu erhalten, die das Kabinet Müller, dem er doch ebenfalls angehörte, zur Sanierung der Arbeitslosenversicherung gemacht hatte? Und war das schon ein Regieren, als schliesslich die Steuergesetze -, wie wir doch annehmen dürfen wider die bessere Überzeugung des Reichsfinanzministers - mit Rücksicht auf die Gruppen und Grüppchen, der man zur Mehrheitbildung bedurfte, in wesentlichen Punkten verändert wurden? Man sollte darauf verzichten, sich einer Stärke zu rühmen, die man nicht besitzt, und der Minister eines einstweilen noch demokratisch-parlamentarisch regierten Staateswesens sollte sich zu gut dafür sein, in seinen Reden Wendungen zu gebrauchen, die den gedankenlosen Nachbetern antiparlamentarischer Phrasen Wasser auf ihre Mühlen liefern.

-----

SPD. Paris, 26. Mai (Eig. Drahtb.)

Am Montag durchschlug hier ein Arbeiter bei der Ausbesserung eines Pflasters ein Gasleitungsrohr. Das Gas entzündete sich und explodierte. Eine riesige, über 30 Meter hohe Stichflamme schoss aus der Bruchstelle empor und setzte in wenigen Augenblicken das neben der Unfallstelle gelegene Haus in Brand. Die bedrohten Bewohner mussten in aller Eile das Feld räumen. Erst nach langen Anstrengungen gelang es der Feuerwehr, dem Brandes Herr zu werden. Einige Erdarbeiter trugen durch den Luftdruck der Explosion leichte Verletzungen davon.

-----

SPD. Die Münchner Meldung, dass der Reichspostminister a.D. Stingl sich vertraglich eine Pension augeeignet hat, die mindestens 5000 Mark jährlich höher ist als die ihm zustehende Pension, und dass diese Differenz aus dem Unterstützungsfonds des Reichspräsidenten gezahlt wird, wird von den amtlichen Stellen keiner Erwiderung gewürdigt. Wie uns auf Erkundigung mitgeteilt wird, ist der in der Münchner Meldung dargestellte Sachverhalt durchaus zutreffend. Der Reichspostminister a.D. Stingl hat sich bezüglich der Höhe seiner Pension eine mit dem geltenden Beamtenrecht in Widerspruch stehende Ausnahmestellung vertraglich gesichert. Sein Ruhegehalt richtet sich nicht nach den allgemeinen Vorschriften für pensionierte Minister, sondern wird nach dem jeweiligen Ministergehalt berechnet, obwohl das mit den Bestimmungen des Reichsbeamtengesetzes nicht im Einklang steht. Das ist auch die Anschauung des Reichsfinanzministeriums und des Rechnungshofes des Reiches. Infolgedessen ist von beiden Stellen die Zahlung aus der allgemeinen Reichskasse beanstandet worden. Sie erfolgt jetzt durch den Dispositionsfonds des Reichspräsidenten. Allein diese Tatsache zeigt, wie dieses Verhalten zu bewerten ist.

-----

SPD. Weimar, 26. Mai (Eig. Drahtb.)

Die Leitung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold Gau Thüringen teilt dem "Soz. Pressedienst" mit:

"In letzter Zeit ist im Lande Thüringen eine verstärkte militärische Tätigkeit

tigkeit der Rechtsradikalen wahrzunehmen. Die Übungen werden in aller Öffentlichkeit durchgeführt, nahezu unter Duldung der Landespolizei. Bezeichnend hierfür ist eine dieser Tage bei Gotha durchgeführte Feldübung. Dort waren rund 250 uniformierte und feldmarschmässig ausgerüstete Nationalsozialisten zusammengezogen. Sie benutzten ein früheres Übungsgelände neben dem Schiessplatz der Landespolizei. In zwei Abteilungen eingeteilt, wurde ein streng durchgearbeitetes Manöver vollführt. Alte Schützengräben dieses Geländes wurden neu ausgehoben und ausgeputzt. An der feldmarschmässigen Ausrüstung der Beteiligten fehlten lediglich Seitenwaffe und Gewehr. Eine ähnliche Übung wurde kürzlich von Stahlhelmlern und Nationalsozialisten vereint bei Rudolstadt durchgeführt. Hier waren 150 Mann beteiligt. Sie exerzierten von Sonntag vormittag 7 Uhr bis nachmittags 3 Uhr. Alle Teilnehmer verfügten über entsprechende Ausrüstung.

In einem Steinbruch bei Altenburg übten Nationalsozialisten Strassenkampf. Die Anzahl der Beteiligten war nicht genau festzustellen, da sie Beobachter in diesem Gelände fernzuhalten vermochten."

-----

SPD. Der Reichsparteiausschuss der Demokratischen Partei hat am Sonntag in Halle getagt. Er endete nach Reden von Prof. Hellpach und Koch-Weser mit der Annahme einer von Frau Bäumer vorgelegten Entschliessung mit 118 gegen 25 Stimmen. Der Kern dieser Entschliessung liegt in dem folgenden Satz: "So bekennt sich der Parteiausschuss zu einer Neubelebung und Aktivierung der Deutschen Demokratischen Partei." Es liegt in dieser Entschliessung das Bekenntnis, dass die Demokratische Partei alt, müde und greisenhaft geworden ist und dass sie bis an den Rand der Selbstaufgabe gelangt ist!

Die Demokratische Partei konnte in der letzten Zeit nicht leben und nicht sterben. Ihr Parteiausschuss hat beschlossen, dass sie leben soll, aber ob Beschlüsse allein hinreichend sind, um ihr neues Leben einzufliessen, ist fraglich: Neubelebungen und Aktivierung, das heisst, sie wollen von vorne anfangen. Der Parteiausschuss hat ferner eine Art Aktionsprogramm aufgestellt. Aus diesem Programm geht hervor, dass es sich bei der Neubelebung im wesentlichen nur um das Weitermachen im alten Stil handeln soll. Zur Arbeitslosenversicherung forderte dies Aktionsprogramm einen Abbau der Leistungen auf dem Wege der Bildung von Gefahrenklassen, auf dem Gebiet der Finanzpolitik erhebt das Programm Bedenken gegen neue Steuern und die Wirtschaft belastende Auflagen und fordert die schleunige Vornehmung eines Sparprogramms.

Keine neuen Steuern und Einsparungen - das ist sicher eine allgemeine Forderung, aber ebenso gut konnte man im gegenwärtigen Augenblick die Lösung der Quadratur des Zirkels fordern!

Der Sinn dieser Tagung ist also: Es bleibt bei den Demokraten alles beim alten.

-----

SPD. München, 26. Mai (Eig. Drahtb)

In welcher skrupelloser Weise die Führung der Nationalsozialisten ihre Anhänger in den SA-Abteilungen zu Mordtaten und zum Bürgerkrieg treibt, dafür bietet das Organ Hitlers täglich neue Beweise. Den bisherigen Höhepunkt dieser verbrecherischen Hetze leistet sich das Blatt in seiner Ausgabe vom 27. Mai, in der ein verantwortlicher Redakteur unter einem Pseudonym folgendes schreiben darf:

"Noch müssen wieder und wieder Menschen sterben, um unsere Idee der Erfüllung näher zu bringen. Noch steht über dem Kapitel der verbundenen Köpfe nicht: es war einmal. Noch klingt das alte Lied der Sturmabteilungen: Das Krachen und Splintern und Schreien der Versammlungsschlachten, das Ersterben

der Internationale, die von unserem Sang übertönt wird da und dort. Es wird nicht anders werden, bis wir die Macht im Staate haben."

In der gleichen Zeitungsspalte wird dann in Fettdruck mitgeteilt, dass innerhalb der Reichsleitung der Partei eine besondere Ärztekommision, der Hochschulprofessoren und leitende Chefärzte angehören, gebildet wurde, um die Einführung eines Kopfschutzes für die SA-Männer mit sachverständigen Ratschlägen zu unterstützen. Die Notwendigkeit eines solchen Kopfschutzes werde aus der Praxis der Versammlungsschlachten hergeleitet, wo es sich gezeigt habe, dass fast alle schwere Verletzungen Kopfverletzungen seien. Gefordert werde in erster Linie ein Schutz gegen seitliche Einwirkungen (Schläfen).

SPD. Die Genossenschaften verteilten ehemals im allgemeinen ihre Rückvergütungen an die einzelnen Genossenschafter nach der Höhe der Geschäftsguthaben der Mitglieder. Bei den Konsumgenossenschaften aber ist seit langem an die Stelle dieses kapitalistischen Prinzips bei der Verteilung der Rückvergütungen das soziale Prinzip getreten, wonach die Rückvergütungen nur noch nach der Höhe der gekauften oder gelieferten Waren bemessen werden. In diesem Falle kann naturgemäß nicht mehr davon gesprochen werden, dass die Rückvergütung einen Kapitalertrag darstellt, denn sie ist in ihrer Höhe vollständig unabhängig davon, welchen Kapitalanteil der einzelne Genossenschafter an der Genossenschaft hat.

Früher hatte sich das Reichsfinanzministerium ebenfalls auf den Standpunkt gestellt, dass Rückvergütungen, die nicht nach kapitalistischen Prinzipien verteilt werden, nicht dem Steuerabzug vom Kapitalertrag unterliegen. Neuerdings hat aber die Rechtsprechung des Reichsfinanzhofs dahin geführt, dass die Rückvergütungen der Genossenschaften in einer ganzen Reihe von Fällen für steuerpflichtig erklärt wurden, obgleich tatsächlich keine Kapitalerträge vorliegen. Um die weitgehende Rechtsunsicherheit zu beseitigen, die dadurch entstanden ist, hat jetzt die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags einen Gesetzentwurf zur Änderung des § 83 des Einkommensteuergesetzes eingebracht. Dieser Antrag bezweckt die Befreiung der Rückvergütungen der Genossenschaften vom Steuerabzug vom Kapitalertrag, soweit diese Rückvergütungen an die Genossen nach Massgabe des Bezuges oder der Lieferung von Waren oder von Erzeugnissen verteilt werden.

SPD. Köln, 26. Mai (Eig. Drahtb.)

Am Montag wurde hier der 7. ordentliche Bundestag des Bundes technischer Angestellten eröffnet.

Geschäftsführer Schweitzer-Berlin, Mitglied des Reichswirtschaftsrats, ergänzte in ausführlichen Darlegungen den gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht und berührte vor allem die Arbeitslosennot, die die technischen Angestellten besonders stark trifft. Am 1. Februar 1930 seien bei der Gesamtheit der Angestellten auf eine offene Stelle 14 Bewerber gekommen, bei den Technikern jedoch 40. Der tatsächlich bestehende Kapitalmangel sei in erster Linie mit auf die unheilvolle Tätigkeit der Beratungsstellen für Auslandsanleihen zurückzuführen. Daher fordere der Bund die Aufhebung dieser Beratungsstellen und eine planmässige Förderung der Einfuhr ausländischen Kapitals. Daneben fordere er Massnahmen zur Belebung des Baumarktes und die ungeschmälerte Aufrechterhaltung der Arbeitslosenversicherung sowie den Ausbau der Krisenunterstützung. Erfreuliche Erfolge habe der Bund in diesem Jahre bei seinem Kampfe gegen das Berechtigungswesen erzielt. In der Tarifpolitik habe die Verschlechterung der Wirtschaftslage zu einer begrifflichen Zurückhaltung geführt. Bei den Betriebsrätewahlen habe der Bund recht gut abgeschnitten. Die Gesamtmitgliederzahl betrage zurzeit über 69 000.

Alle Anträge zum Geschäftsbericht, die sich mit dem Ausbau der Angestelltenversicherung, mit der Arbeitslosenversicherung, dem Berechtigungswesen usw.

befassten, wurden einstimmig angenommen. In einer ebenfalls einstimmig angenommenen Entschliessung des Bundesvorstandes zur Saarfrage erwartet der Bundestag von der Reichsregierung, dass die Forderung der Saarbevölkerung nach einer vorbehaltlosen und ungeteilten Rückgabe aller Gruben und Kohlenfelder an die Länder Preussen und Bayern erfüllt wird. Die Reichsregierung müsse es als eine ihrer vornehmsten Aufgaben ansehen, die Fortschritte der deutschen Sozialgesetzgebung in der Nachkriegszeit sobald als möglich auch dem Saargebiet zugänglich zu machen. Der Bundestag betrachte es als eine Selbstverständlichkeit, dass bei der Rückgabe des Saargebiets die entsprechenden deutschen Gesetze unverzüglich eingeführt werden.

Geschäftsführer Dr. Fritz Pfirrmann sprach über: Techniker und Arbeitsschutzgesetzgebung. Er führte aus: Die dem Reichstag vorliegenden Entwürfe eines Arbeitsschutzgesetzes und eines Bergarbeitsgesetzes können von den technischen Angestellten und Beamten nicht als Erfüllung der dem Reich in Artikel 157 der Reichsverfassung auferlegten Verpflichtung, die Arbeitskraft unter besonderen Schutz zu stellen, anerkannt werden. Die Rationalisierung ist nicht berücksichtigt worden. Der sachliche wie der persönliche Geltungsbereich sind derart eingeschränkt, dass von einem einheitlichen Schutz für alle Geistes- und Handarbeiter überhaupt nicht mehr gesprochen werden kann. Die Arbeitszeitbestimmungen der Entwürfe bringen statt einer Verbesserung eine Verschlechterung des geltenden Rechts. Anstatt den besonders gelagerten Verhältnissen der technischen Angestellten im Bergbau unter Tage Rechnung zu tragen, ist ein Sondergesetz vorgelegt worden, das keine unserer grundsätzlichen Forderungen erfüllt. Weder die Mitverantwortlichkeit der Grubenbesitzer noch das Verbot der Revierprämien, weder der Kündigungsschutz der technischen Grubenbeamten noch die strenge Durchführung des Siebensturentages sind vorgesehen. Im Einklang mit der Reichsverfassung ist ein einheitliches lückenloses klares Arbeitsschutzgesetz zu fordern, das den fortgeschrittenen arbeitswissenschaftlichen und sozialen Erkenntnissen entspricht und die Träger der Arbeitskraft, vertreten durch ihre Organisationen, vollberechtigt in die Durchführung und Überwachung seiner Bestimmungen einschaltet.

Der Bundestag ist von insgesamt 174 Vertretern - darunter 98 Delegierte - besucht.

-----

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: Am 24. Mai abends 21 Uhr sind zwei polnische Grenzpolizeibeamte, die unbefugterweise die deutsch-polnische Grenze überschritten hatten und in das deutsche Grenzpolizeiamt in Neuhöfen eingedrungen waren, in diesem Hause durch deutsche Grenzpolizeibeamte festgenommen worden. Sie widersetzten sich unter Anwendung ihrer Dienstwaffen der Festnahme und verwundeten einen deutschen Beamten, sodass dieser von der Schusswaffe Gebrauch machen musste. Unmittelbar darauf unternahmen andere polnische Grenzbeamte unter Überschreitung der Grenze einen Befreiungsversuch, indem sie eine grosse Anzahl von Schüssen auf das deutsche Grenzpolizeigebäude und die deutschen Beamten abgaben. Die Verletzungen des deutschen Beamten, der vier Schüsse erhalten hat, sind ungefährlich; der eine festgenommene polnische Beamte hat einen Bauchschuss erhalten, dem er am Vormittag des 26. Mai erlegen ist. Die Vernehmungen zur völligen Klärung der Angelegenheit sind noch im Gange. Weitere Mitteilungen werden nach Abschluss dieser Vernehmungen und Eingang des Berichtes an das zuständige Ministerium erfolgen.

-----

SPD. Bombay, 26. Mai (Eig. Drahtb.)

Die Lage in Indien hat sich in den letzten 24 Stunden sehr verschärft. Streiks und Kämpfe mehren sich an zahlreichen wichtigen Orten. Ausser den üblichen Verhaftungen ist es am Montag mehrfach zu blutigen Zwischenfällen gekommen. Die Polizei konnte vielfach der Lage nicht mehr Herr werden. An verschiedenen Stellen wurde Militär zur Unterstützung herangezogen.

In Burma wurden acht Personen getötet. Alle Läden der Stadt wurden nach dem Zwischenfall geschlossen. Es ist mit der Verhängung des Ausnahmezustandes zu rechnen. In Peschawar und Umgebung wurden verschiedene Salzdepots von grossen Menschenmassen angegriffen. Den Eingeborenen gelang es, in das Depot Khara-goda einzudringen und sich der Salzvorräte zu bemächtigen. Als die Polizei ein-griff wurden über 100 Personen verletzt; davon vier schwer. In Rangoon hat es 12 Tote und 52 Verletzte gegeben. Hier bildeten Kämpfe zwischen streikenden; Dockarbeitern und Arbeitswilligen die Ursache des Eingreifens der Polizei. Auch in Delhi kam es zu Zusammenstössen mit der Polizei. 50 Personen wurden verletzt. In einem Dorfe bei Mardan wurde ein englischer Offizier getötet.

-----  
SPD. Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald hat auf einer Tagung der schles-wig-holsteinischen Zentrums partei erklärt, dass sich etwa 8 Milliarden Mark deutschen Geldes im Auslande befänden. Dieses Verhalten der deutschen Kapital-besitzer sei unpatriotisch und müsse aufs Schärfste verurteilt werden. Es sei jedoch durch Zwangsmassnahmen nicht zu beheben. Man müsse versuchen durch Wie-derherstellung des Vertrauens zur deutschen Staatsführung das geflüchtete Ka-pital wieder nach Deutschland zu bringen.

Es klingt sehr schön, aus dem Munde eines Zentrumsministers eine so scharfe Verurteilung des Verhaltens der deutschen Kapitalisten zu hören. Aber was nützen scharfe Worte, wenn sie nur die Ankündigung für sanfte Handlungen dar-stellen. So richtig es ist, dass der Kapitalflucht bei der engen Verflechtung zwischen der deutschen und der Weltwirtschaft auf der einen Seite und dem Geld- und dem Warenverkehr auf der anderen Seite nur ausserordentlich schwer mit Zwangsmitteln beizukommen ist, so abwegig ist doch die Folgerung von Herrn Dr. Stegerwald, der Kapitalflucht müsse durch Steuererleichterung entgegen-gewirkt werden. Eine so starke Ermässigung der deutschen Steuer, dass durch sie die Steuersätze in der Schweiz erreicht werden, wird es noch lange Zeit nicht geben.

Im übrigen scheint uns Herr Dr. Stegerwald bei seiner Schätzung der Kapitalflucht auf 8 Milliarden Mark seiner Vorliebe für grosse Zahlen erlegen zu sein. Genaue Angaben für den Umfang des deutschen Kapitals im Auslande gibt es bisher nicht. Und wenn Herr Dr. Stegerwald die bisherige von amtlicher Seite stammende Schätzung von 2-2½ Milliarden Mark auf 8 Milliarden erhöht, dann hätte er eigentlich gut daran getan, eine kurze Begründung für diese Verdreifachung anzugeben.

-----  
SPD. Peschawar, 26. Mai (Eig. Drahtb.)

Der der indischen Nordwestgrenze benachbarte Mohammedaner-Stamm Haji hat dieser Tage die Grenze überschritten, um sich der indischen Aufstandsbewegung anzuschliessen. Die indische Regierung hat den Stammführer jetzt ultimativ aufgefordert, sich mit seinen Anhängern in 24 Stunden zurückzuziehen, andern-falls soll ein Luftangriff gegen die Mohammedaner-Dörfer unternommen werden. Die Mohammedaner werden dem Ultimatum aller Wahrscheinlichkeit nach Rechnung tragen und sich zurückziehen.



SPD. Der Reichstag beschäftigte sich am Montag mit der Sonderumsatzsteuer gegen Warenhäuser und Konsumvereine. Es lagen hierzu vier Anträge vor: ein sozialdemokratischer Antrag verlangt die Aufhebung der Steuer vom 1. April 1930 ab, ein Antrag des Zentrums ersucht die Regierung, im Herbst oder bei der in Aussicht gestellten Reform der Umsatzsteuer einen Gesetzentwurf zur Aufhebung der Sonderumsatzsteuer vorzulegen. Ein Antrag der Demokraten ersucht die Regierung, die Erhebung der Sonderumsatzsteuer auszusetzen, während ein Antrag der Wirtschaftspartei die Sonderumsatzsteuer bestehen lassen will, aber die allgemeine Umsatzsteuererhöhung von 0,10 v.H., sowie die Mineralwassersteuer ausgesetzt wissen will.

\* Alle Anträge wurden gegen den Widerspruch der Sozialdemokraten dem Steuer-ausschuss des Reichstags überwiesen. Trotz der Gegensätze innerhalb der Regie-rungsparteien, die auch in der Debatte zum Ausdruck kamen, sind sie darin einig dass die Entscheidung über das Schicksal der Sonderumsatzsteuer auf unahnehbare Zeit vertagt werden soll. Das ist insbesondere die Meinung des Zentrums, das durch seinen Antrag lediglich den Anschein erwecken will, als ob es die Aus-nahmesteuer gegen die Konsumvereine, die bei seinen Arbeiter-Anhängern die grösste Erbitterung ausgelöst hat, beseitigen wolle. In Wirklichkeit beugt sich das Zentrum dem Druck der Wirtschaftspartei und opfert ihm die Interessen der Konsumgenossenschaften und Verbraucher.

-----  
SPD. London, 26. Mai (Eig. Drahtb.)

MacDonald erklärte in Schottland in einer Rundfunkrede:

"Die Selbstverwaltung der Kolonialvölker ist natürlich das Endziel der Politik der Arbeiterregierung. Man soll sich jedoch hüten, die englische Auf-sicht über die Kolonialvölker zu frühzeitig aufzugeben, weil dann die Kolonialvölker sehr leicht Gefahr laufen, in den Zustand zurückzusinken, aus dem sie von England herausgezogen worden sind. Das englische Imperium kann aber nur dann dem Schicksal früherer Weltmächte entgehen, wenn es sich den Notwendig-keitender Zeit anpasst. England hat zum Besten der Welt noch eine grosse Auf-gabe zu erfüllen, vorausgesetzt, dass es die Gegenwart erfasst und die Zukunft vorbereitet. Wir haben den Völkern zu beweisen, dass unsere Verwaltung ehrlich und aufrechtig zum besten der Völker gemeint ist, damit wir sie künftig als gleichberechtigte Partner dem englischen Imperium erhalten."

-----  
SPD. Reichsinnenminister Dr. Wirth hat an den Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich den Antrag gestellt, den thüringischen Regierungserlass wegen der Schulgebete für verfassungswidrig zu erklären.

-----  
SPD. London, 26. Mai (Eig. Drahtb.)

Der Sonderkorrespondent des "Daily Herald" in Indien berichtet, die eingeborenen Polizeibeamten seien nur noch sehr schwer zu bewegen, gegen die Anhän-ger Gandhis vorzugehen. Die englische Regierung müsse bald zu einem Überein-kommen mit der Gandhi-Bewegung kommen. Im anderen Falle sei die militärische Besetzung Indiens unvermeidlich.

SPD. Düsseldorf, 26. Mai (Eig. Drahtb.)

Die Düsseldorfer Kriminalpolizei teilt mit, dass das Ergebnis ihrer Feststellungen über die Mörderbriefe noch nicht abgeschlossen ist. Kürten habe inzwischen zugegeben, dass er mehrere Briefe geschrieben habe, um das Publikum zu beunruhigen. Den ersten Brief habe er Ende September an den Düsseldorfer Stadtanzeiger gerichtet und ihn selbst dort eingeworfen. Auf diesen Brief hat er nach seinen Angaben in einem Schreiben an die Polizei Bezug genommen. Dieser Brief ist aber niemals zur Kenntnis der Polizei gelangt.

Der Schreibsachverständige Dr. Schneider hat bereits festgestellt, dass nur Kürten der Urheber der vorliegenden Mörderbriefe sein kann. Er liess Kürten die Briefe unter den gleichen Materialbedingungen nochmals schreiben und konnte bei einem Vergleich mit den Originalen die absolute Gleichartigkeit feststellen.

-----  
SPD. London, 26. Mai (Eig. Drahtb.)

Schatzkanzler Snowden erklärte am Montag im Unterhaus, die Regierung werde das Mosley-Memorandum über die Arbeitslosenfrage nicht veröffentlichen. Das Memorandum sei ein Privat-Schriftstück des Kabinetts und es widerspreche den Gepflogenheiten, private Akten der Regierung dem Parlament bekanntzugeben.

-----  
SPD. Auckland (Neuseeland) 26. Mai (E. Dr.)

Die Arbeiterregierung von Neuseeland hat die Militärdienstpflicht aufgehoben. Sie hat damit einen seit 20 Jahren von der Arbeiterpartei geforderten Grundsatz verwirklicht.

-----  
SPD. London, 26. Mai (Eig. Drahtb.)

Das Exekutivkomitee der Arbeiterpartei hat den Vorstand der unabhängigen Arbeiterpartei zwecks Klärung der vorhandenen Meinungsverschiedenheiten zu einer Besprechung eingeladen. Der Vorstand der unabhängigen Arbeiterpartei wird noch in dieser Woche die Delegierten für die gemeinsame Konferenz bestimmen.

-----  
SPD. Mainz, 26. Mai (Eig. Drahtb.)

Auf dem 5. Bundestag der Kriegsbeschädigten erstattete Bundesvorsitzender Pfändner am Montag den Geschäftsbericht.

Ausser der 5. Novelle zum Reichsversorgungsgesetz - so erklärt der Redner - sei in der Gesetzgebung kein wesentlicher Fortschritt zu verzeichnen. Hinsichtlich der Heranziehung des Reiches zu der Unterhaltungspflicht für die Kinder der Gefallenen seien die Forderungen des Bundes nicht erfüllt worden. Die zahlreichen Beteuerungen, dass man gern helfen möchte, dass es aber an Geld fehle, könnten den Kriegsbeschädigten nichts nützen. Es sei eine grosse Unverschämtheit, wenn vom Zentralverband der Kriegsbeschädigten, der gegenwärtigen Organisation in öffentlichen Versammlungen behauptet werde, dass der frühere Arbeitsminister Wissell und der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Rossmann für Einschränkungen der Kriegsbeschädigtenbezüge in der Arbeitslosenversicherung eingetreten seien. Unerhört sei es auch, dass eine demokratische Organisation, die die republikanische Staatsform bejahe, vom Reichswehrminister für politisch erklärt werde. Erfreulich sei der gewaltige Aufschwung der Mitgliederzahl des Bundes. Gegenüber 324 580 Mitgliedern zu Beginn der Berichtszeit



seien heute 472 369 zahlende Mitglieder zu verzeichnen. Die Sterbekasse des Bundes habe an 15 484 Mitglieder 1 242 141,95 Mark Sterbeunterstützung gezahlt.

Dem Geschäftsbericht folgte der Bericht des Bundesausschusses, erstattet von Rossmann, der Bericht der Reichskriegersiedlung, der Bericht des Aufsichtsrates dieser Siedlung und der Revisionsbericht, der Entlastung für den Bundesvorstand und den Bundeskassierer beantragt.

-----  
SPD. London, 26.Mai (Eig.Drahtb.)

Aussenminister Henderson erklärte am Montag im Unterhaus, die Regierung habe alle verfügbaren Massnahmen ergriffen, um sich gegen beabsichtigte oder angekündigte kommunistische Aktionen in England, Indien oder sonstwo zu sichern. Die Regierung werde aufgrund ihrer Ermittlungen entscheiden, ob und welche Gegenmassnahmen erforderlich seien.

Auf eine weitere Frage erwiderte Henderson, der englischen Regierung gegenüber einstweilen die bei der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen von der russischen Regierung abgegebene Erklärung, dass sie alles was in ihrer Macht stehe, tun wolle, um die kommunistische Propaganda gegen England einzustellen. Allerdings sei die englische Regierung wachsam. Sie werde das Parlament rechtzeitig benachrichtigen, wenn sich die Notwendigkeit einer Aktion ergebe. In der ersten Instanz müsse es jedoch der Regierung vorbehalten bleiben, ihr Urteil zu fällen. Dass aber die Regierung nicht untätig zusehe, bewiese seine Erklärung.

-----  
SPD. Düsseldorf, 26.Mai (Eig.Drahtb.)

Am Montag nachmittag entstand in Düsseldorf grosse Aufregung durch die Nachricht, dass in der Hildener Strasse ein zehnjähriges Mädchen in der elterlichen Wohnung mit einem Schal erdrosselt aufgefunden worden sei. Nach den Feststellungen der Mordkommission dürfte ein Unglücksfall vorliegen. Das Mädchen war aus der Schule gekommen, hatte allein gegessen, da die Mutter in der Waschküche beschäftigt war, und sich zum Spielen umgekleidet. Dabei muss die Kleine ihren Schal zu fest umgebunden haben, sodass sie ohne Hilfe erstickte.

-----  
(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Dienstag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

## Reichstags-Stimmungsbild.

---

SPD. Berlin, 26. Mai (Eig. Bericht)

Es ist eine alte Erfahrung: je schwächer einer ist, umsomehr beißt er den starken Mann heraus. Niemand zeigt das deutlicher als der jetzige Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer. Geleistet hat er bisher nichts. Die Finanzgesetze, die unter seiner Regierung angenommen worden sind, hat er unter dem Druck der Regierungsparteien hinnehmen müssen. Dieser selbe Moldenhauer reist aber ins Land und hält draussen Reden, die ihn als den grossen Führer der Reichsfinanzen hinstellen sollen.

Am Sonnabend hat er in Köln gesprochen. Das ist seine Heimatstadt. Vielleicht glaubt er sich dort besonders in Pose werfen zu müssen. Er hatte aber das Pech, dass die ihm nahestehende "Kölnische Zeitung" einen ausführlichen Bericht veröffentlichte. Danach hat er gesagt, dass die Sozialdemokratie sich aus der Regierung entfernt habe, weil sie die Verantwortung für die Sanierung der Reichsfinanzen nicht habe übernehmen wollen. Ferner hat der Reichsfinanzminister gedroht, ohne den Reichstag regieren zu wollen. Mit leichtem Achselzucken und ironisch meinte er, die Regierung werde sich Rücksichten auf Aesthetik nicht abhalten lassen. Der Finanzminister drohte also glatt mit einem Verfassungsbruch. Dr. Hilferding stellte ihn zu Beginn der Montagsitzung des Reichstages. Er verlangte von dem Reichsminister Aufklärung über diese unerhörte Rede. Hinsichtlich des Austritts der Sozialdemokratie aus der Reichsregierung sei das Gegenteil des von Moldenhauer Gesagten richtig. Gerade die Sozialdemokratie habe durch sofortige Beitragserhöhung für die Arbeitslosenversicherung die Sanierung der Finanzen verlangt. Die Moldenhauersche Rede zeige, dass er den Reichstag noch unter die Bedeutung des Reichstages in der Kaiserzeit herabdrücken wolle. Herr Moldenhauer soll sich gesagt sein lassen, dass die Verfassungsfragen für die Sozialdemokratie nicht ästhetische, sondern Gewissensfragen seien.

Der heldenhafte Reichsfinanzminister machte während der Rede Hilferdings ein Gesicht, als sei er aus allen Wolken gefallen. Dann erhob er sich und gab unter wachsendem Erstaunen des Hauses seine Kölner Rede ganz und gar preis. Er wollte ganz etwas anderes gesagt haben als ihm sein Kölner Blatt in den Mund gelegt hat. Vielleicht wusste er selbst nicht mehr, was er in der Stadt des rheinischen Karnevals zusammengeredet hat. Man wird nach dem Auftreten Moldenhauers in der Montagsitzung des Reichstags in Zukunft seine Reden im Land noch weniger ernst zu nehmen haben als seine Reden im Reichstag. Herr Moldenhauer mag als Universitätsprofessor für Versicherungswesen, auch als Aufsichtsrat der J.G. Farben seine Verdienste haben, aber als Reichsfinanzminister ist er die unzulänglichste Erscheinung, die je auf diesem Platz gestanden hat. Diese Meinung hat sich durch den Verlauf der Montagsitzung des Reichstages nur verstärkt.

Die Aussprache über die Kölner Rede Moldenhauers, auf die auch mehrere andere Parteiredner eingingen, knüpfte sich an die Beratung des Ermächtigungsgesetzes zu steuerlichen Massnahmen zwecks Erleichterung und Verbilligung der Kreditversorgung der deutschen Wirtschaft, ferner an die Beratung des Gesetzentwurfes über die Liquidierung der Bank für deutsche Industrieobligationen in Verbindung mit den Anträgen über Aenderung des Umsatzsteuergesetzes. Der erstgenannte Gesetzentwurf will die Reichsregierung ermächtigen, mit Zustimmung des Reichsrats und eines Reichsausschusses bei folgenden steuerlichen Gebieten Erleichterungen eintreten zu lassen: Steuerabzug vom Kapitalertrag bei fest verzinslichen Wertpapieren, Kapitalverkehrssteuer, Grunderwerbssteuer, Wertzuwachssteuer, Besteuerung inländischer Aktiengesellschaften usw. Der sozialdemokratische Sprecher Dr. Hilferding führte den Nachweis, dass dieses Gesetz verfassungsändernd sei, also mit Zweidrittelmehrheit angenommen werden müsse. Dagegen bestritt der Demokrat Fischer, dass eine verfassungsändernde Mehrheit notwendig sei. Auch er verateht allerdings nicht, warum der Reichsfinanzminister diesen Weg einschlägt, statt zu nächst den Versuch zu machen, den ordentlichen Weg der Gesetzgebung zu beschreiten. Auch er ersuchte den Reichsfinanzminister, solche Reden mit dem Hinweis auf den Artikel 48 zu vermeiden, sonst müsste die demokratische Fraktion politische

Konsequenzen daraus ziehen. Nicht weniger deutlich machte später noch der Demokrat Reinhold dem Reichsminister klar, dass dieser in Köln Unsinn geredet habe. Spöttisch meinte Reinhold, der Finanzminister sollte sich doch endlich den Ruf nach einem starken Mann schenken und im Reichstage durch die Tat bescheinigen, dass er der starke Mann sei. Der Reichstag quittierte mit fröhlichem Gelächter.

Die Debatte wandte sich dann den Anträgen auf Abänderung der Umsatzsteuer zu. Die Sozialdemokratie hat die Beseitigung der erhöhten Umsatzsteuer für Warenhäuser und Konsumvereine beantragt. Infolgedessen kam auch in andere Parteien Leben. Das Zentrum beantragte, spätestens im Herbst eine Gesamtreform der Umsatzsteuer vorzunehmen. Die Demokraten beantragen, die Erhebung der Sonderumsatzsteuer zunächst auszusetzen und die Wirtschaftspartei verlangt die Herabsetzung der allgemeinen Umsatzsteuer um 0,10 v.H., will aber die Sondersteuer für Warenhäuser und Konsumvereine bestehen lassen. Ueberraschenderweise verlangt die Wirtschaftspartei auch die Aufhebung der Mineralwassersteuer. Sämtliche Reden der Regierungsparteien zeigten, wie schwer sie jetzt schon an der verpfuschten Finanzreform zu tragen haben.

Dr. Hertz von der Sozialdemokratie hielt dem Zentrum vor, dass dessen Antrag eine Verschleppung der Aufhebung der Sonderumsatzsteuer auf Jahre bedeute, denn eine Gesamtreform der Umsatzsteuer verlangt eine sehr gründliche Beratung. Er erklärte, dass Ausschussberatungen über den sozialdemokratischen Antrag gar nicht nötig seien, denn das bedeute eine Vertagung auf unbestimmte Zeit. Er verlangte die Abstimmung noch am Montag. Der Wirtschaftsparteiler Collosser glaubte die Sozialdemokratie als mittelstandsfeindlich hinstellen zu können. Er versuchte die Strafsteuer für Konsumvereine dadurch zu rechtfertigen, dass er meinte, die Steuern müssten von den starken Schultern getragen werden. Eine niedliche soziale Auffassung, die kinderreichen Proletarierfamilien, die erwerbslosen Mitglieder der Konsumvereine als steuerlich leistungsfähig zu betrachten! Der Deutschnationale Wienbeck verspottete mit Recht die Anträge der Wirtschaftspartei und des Zentrums. Er meinte, ob der Zentrumsantrag ein Sühneopfer für Herrn Schlack bedeute? Er fragte die Wirtschaftspartei, warum sie denn vor 6 Wochen für die Mineralwassersteuer gestimmt habe, wenn sie jetzt schon wieder aufgehoben werden soll. Er verhöhnte die Wirtschaftspartei auch deshalb, weil diese nicht vorausgesehen habe, dass die Warenhaussteuer abgewälzt werde. Die Sozialdemokratie hat damals als einzige Partei im Reichstage darauf hingewiesen, dass die Warenhaussteuer im Grunde eine Belastung des Mittelstandes sein werde, weil die von den Warenhäusern auf die Lieferanten abgewälzte Steuer schliesslich den weniger zahlungsfähigen Kunden, also den Mittelständlern, auf die Preise aufgeschlagen werde. Die Deutschnationalen haben das schon begriffen. Bei der Wirtschaftspartei wird es wohl noch etwas länger dauern, bis sie die Dummheit der Sonderumsatzsteuer einsieht.

Sämtliche Anträge zur Umsatzsteuer wurden schliesslich gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten dem Steuerausschuss überwiesen. Das Ermächtigungsgesetz zu steuerlichen Erleichterungen wurde mit einfacher Mehrheit angenommen. Ein sozialdemokratischer Antrag, in der Einleitung zu diesem Gesetz festzustellen, dass es verfassungsändernd ist, wurde im Hammelsprung mit 174 Stimmen der Regierungsparteien und der Deutschnationalen gegen 156 Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten abgelehnt. Die Nationalsozialisten haben sich also diesmal mit den Sozialdemokraten für den Schutz der Verfassung erhoben. Es fällt einigermaßen auf, dass die Nationalsozialisten seit einigen Wochen im Reichsparlament zu grossen Schweigern geworden sind. Nur beim Reichswehrhaushalt hat ihr General von Epp eine Rede gehalten. Sonst haben sie bei den Haushaltsberatungen auch bei sehr wichtigen Gesetzen sich nicht zum Worte gemeldet. Was dahinter steckt, weiss man nicht. Richtig aber ist, dass diese Schweigsamkeit der Nationalsozialisten im Reichstag zweifellos geeignet ist, Sympathien für sie zu erwecken.

-----

# Aus aller Welt

Komödie um Gebrüder Sass.

Galapremiere der Meisterknacker in Berlin - Moabit.- Sturmangriff auf den Zuschauerraum.- Die "Helden des Tages".- Lokaltermin in der Flemingstrasse.

SPD. Das Schöffengericht Berlin-Mitte verurteilte am Montag die beiden Brüder Sass wegen Hausfriedensbruchs und Sachbeschädigung zu je einem Monat Gefängnis. Da die Untersuchungshaft auf die Strafe angerechnet wurde, sind beide noch am Montag auf freien Fuss gesetzt worden.

Auf der Strasse berittene Schupo, in den Gängen des Kriminalgerichts eine halbe Hundertschaft in kriegsmässiger Bemalung. An der Tür des Gerichtssaales des Schöffengerichts Berlin-Mitte ein Andrang, als gelte es der grössten Sensation dieses Jahrhunderts ins Auge zu schauen. Man schlägt sich förmlich um die Plätze und mindestens ein Dutzend Unentwegter muss mit mehr oder weniger sanfter Gewalt an die frische Luft befördert werden, da alles "ausverkauft" ist. Im Saal selbst sieht es wie bei einer Premiere zu einem ganz grossen Justizschauspiel aus. Im Publikum allgemeines Raunen und Hälserecken als die Brüder erscheinen. Operngläser werden gezückt, eine etwas ältere Dame gerät in Ekstase und versucht, auf einen Stuhl zu klettern. "Ruhe", mahnt der Vorsitzende und murmelt, mehr für sich als für die andern, ein unterdrücktes: "Wir sind doch nicht im Theater!" - vor sich hin...

## Lustige Verbrecher.

Man sieht es den beiden fixen Jungen an, dass sie die Situation auszukosten verstehen. Beide sind bester Laune, schneiden von Zeit zu Zeit Grimassen, antworten liebenswürdig-nachlässig, manchmal etwas provokatorisch und betrachten das sanfte Moabiter Intermezzo offenbar mehr als bessere Filmaufnahme. Es ist ja auch, im Vergleich zu den Delikten, die sie schon in ihrem Vorstrafenregister haben und vor allem im Vergleich zu den phänomenalen Affären, die man ihnen anhängt, eine Bagatelle und keine sehr ernsthafte kriminelle Angelegenheit. Besonders Franz, trotz seines fast noch jugenhaften Aussehens ein recht energischer Mensch, mit ziemlich scharfen Zügen und grauen, etwas lauernden Augen, die sehr beherrscht und mit offensichtlichem Vergnügen die Reihen der anwesenden "Edelstatisten" entlang spazieren, verfügt offensichtlich über Humour. Erich Sass, der gut und nicht unintelligent aussieht, macht den Eindruck eines "Gents", der sich eigentlich ganz versehentlich in dies etwas despektierliche Milieu verirrt hat. Er hat eine beinahe elegante Art mit einer wegwerfend-versöhnlichen Geste über alles zur Tagesordnung hinwegzugehen, was ihm unbequem erscheint. Im übrigen sind beide im Ausweichen gleich geschickt. Sie haben sich auf gänzlich harmlos geschminkt und tragen diese Maske des soliden Bürgers, dem die Verleumdung absolut einen Makel anhängen will, mit bewundernswerter Sicherheit. Ihre Bekundungen sind sehr fein aufeinander abgestellt, diese Routiniers der Branche wird man so leicht nicht in eine Falle bekommen. Versuche, ein wenig in breiterer Front vorzustossen und das Dunkel zu lüften, das die beiden Brüder wohlthätig umgibt, scheitern an der Beweglichkeit und Aufmerksamkeit der gewiewten Knacker, die sich keine Blösse geben und wissen, dass schon ein von der Staatsanwalt geschossenes Tor für sie die sichere Niederlage bedeuten würde! - -

### Bloss ein "Versteck"?

Vorsitzender zu Franz Sass: "Sie geben also zu, in dem Keller Flemingstrasse 1 ein Loch in den Luftschacht gebrochen zu haben. Erklären Sie einmal, wie sie auf den Gedanken gekommen sind." Franz Sass: "Wir wollten uns dort ein Versteck anlegen, um Briefe und Pässe zu verbergen." Vorsitzender: "Es gibt in diesem Eckhaus viele andere dunkle Winkel, warum wählten Sie diese nicht?" Franz Sass: "Wir wählten den Keller von Müllers, weil wir dort nach zwei Seiten fliehen konnten." Vors.: "Und das Loch sollte wieder mit Gips zugeschmiert werden?" Erich Sass: "Jawohl, wir hatten dazu drei Pfund Gips mitgenommen." Der Sachverständige Kriminalrat Hoppe, führt aus, dass nach seiner Meinung alle typischen Merkmale für einen Einbruch vorhanden seien und keinerlei Merkmale dafür, dass nur ein Versteck angelegt werden sollte. "Ich wüsste nicht, was zu einem Einbruch gefehlt hätte: die Angeklagten dringen nachts mit genügend Werkzeug ausgerüstet, in das Haus ein, haben Handschuhe an, wie es gewiegte Einbrecher zu tun pflegen, flüchten dann, leugnen und machen törichte Ausreden. So benimmt sich nicht ein Mensch, der nur ein Versteck anlegen wollte." Der Verteidiger, Rechtsanwalt Müller-Strohmeyer, fragt den Sachverständigen, ob ihm darüber etwas bekannt wäre, dass die Angeklagten die Bankräuber vom Wittenbergplatz sein sollen. Kriminalrat Hoppe antwortet, dass nach seiner oberflächlichen Information der Verdacht noch nicht beseitigt sei.

### Bruno Müller führt an.

Flemingstrasse 1 im Keller jenes Hauses, in dem die Herren Sass vom Arm des Gesetzes ereilt wurden, findet ein Lokaltermin statt. Wie ein Lauffeuer hat sich die Kunde davon in der Strasse verbreitet, Kopf an Kopf stehen die Berliner und staunen. "Donnerwetter", sagt ein älterer Mann, wie die Brüder kommen und es klingt etwas wie Hochachtung in seiner Stimme, "dufte Jungens, das muss man schon sagen. Wie die der Polizei in der Nase herumpopeln, is ja einfach fabelhaft-!" "Ins Fäustchen lachen sie sich, det is ja klar" meint ein anderer, "die paar Tage sitzen die auf einer Backe ab. Wie die gebaut sind! Und den Zaster haben sie ja fein eingemauert."

Den Zug des Gerichts, der Sachverständigen und der Angeklagten führt Zigarrenhändler Bruno Müller an. Mit einer kleinen Petroleumlampe leuchtet er ins Kellerlabyrinth. Die von den Brüdern ausgearbeitete Wandöffnung ist etwa 40 bis 50 Zentimeter gross. Franz Sass gibt die Schilderung mit dem ihm eigenen Redetalent. Er bleibt dabei, dass er nur ein Versteck für seine Papiere anlegen wollte. Der Sachverständige behauptet hingegen, dass die beiden Brüder bestimmt vorher versucht hätten, durch die Tür in den nebenan gelegenen Kellerraum zu gelangen; die Tür wäre aber offenbar zu stabil gewesen. Erst lacht Franz, dann gibt er kurz entschlossen der Tür einen kräftigen Fusstritt - siehe da, mit lautem Knall fliegt sie auf. Franz: "Sehen Sie, Herr Sachverständiger, nu sind Sie doch ringeflogen..."

Nun, etwas "ringeflogen" sind die Brüder Sass auch. Wenn sie auch das in den späten Nachmittagsstunden gefällte leichte Urteil mit Gleichmut hinnehmen.

### Ist Kürten der Düsseldorfer Mörder?

Der Brief an die falsche Adresse - Der 19 jährige Liebesverbrecher - Frau Meurers Glück im Unglück - Das Doppelleben des Vampyr.

SPD. In Düsseldorf gibt es naturgemäss kein anderes Gesprächsthema, als die Verhaftung des 47 jährigen Kutschers Peter Kürten. Die Wahrscheinlichkeit, dass Kürten der langgesuchte Vampyr von Düsseldorf ist, ist in der Tat sehr gross. Auch die Düsseldorfer Kriminaldirektion, die zuerst ziemlich skeptisch war, neigt jetzt mehr und mehr dazu, diese Wahrscheinlichkeit zu Sicherheit werden zu lassen. Nur die Berliner Kriminalpolizei ist noch ziemlich zurück-

haltend in ihrem Urteil. Ihr Schriftsachverständiger Schneikert ist vorläufig der einzige Beamte aus dem Stab der Berliner Kriminalpolizei, der zur Teilnahme an den notwendigen Ermittlungen nach Düsseldorf gefahren ist.

Kürtens Festnahme erfolgte durch einen sehr merkwürdigen Zufall. Eine junge stellungslose Angestellte, ein Fräulein K., liess sich von einem fremden Mann in seine Wohnung führen, dann ging sie mit ihm in den Wald, wo sie zu Boden geworfen, gewürgt und vergewaltigt wurde. Das junge Mädchen teilte das grausige Abenteuer der Kriminalpolizei nicht mit. Nur einer Freundin gab sie davon in einem Brief Kenntnis. Der Brief fiel der Mutter der Freundin in die Hände, die zur Polizei ging. Kriminalisten machten das junge Mädchen ausfindig und suchten mit ihr nach dem Unbekannten. Das junge Mädchen hatte sich die Adresse des Verbrechers gemerkt und führte die Polizei in das richtige Haus. Kürten wurde zu Hause nicht angetroffen. Später konnte er auf der Strasse gestellt werden. Er ist der Polizei nicht unbekannt. Schon mit 19 Jahren und später hatte er Liebesabenteuer kriminellen Einschlags, die als Beweis für seine psychopathische Veranlagung gelten können. Insgesamt ist Kürten nicht weniger als 17 Mal wegen Diebstahls, Einbrüchen und Meineids vorbestraft.

Mit Ausnahme der Ermordung der Emma Grosse gibt Kürten die Täterschaft aller Sexualmorde zu, die in den Gesamtkomplex der Düsseldorfer Lustmordserie fallen. Kürten soll auch eingestanden haben, der Schreiber jener zwei Briefe zu sein, in denen der Täter jedes Mal 24 Stunden nach der Tat die Tatorte und die Stelle der Leichenvergrabung bekannt gab. Diese Briefe sind nach der Ermordung der Maria Hahn und der kleinen Gertrud Albermann geschrieben worden. Die Aufgabe des Schriftsachverständigen Schneikert aus Berlin wird es sein, festzustellen, ob Kürten mit dem Autor dieser Briefe identisch sein kann. Des Überfalls auf die Angestellte K., der zur Entlarvung Kürtens führte, des Mordversuchs an der Hausangestellten Gertrud Schulte und des Überfalls auf Frau Ida Meurer ist Kürten bereits überführt. Man fragte ihn nach den Motiven seiner Verbrechen. Er antwortete nur: "Ich habe mich an der Menschheit rächen wollen!"

Besonders dramatisch gestaltete sich die Gegenüberstellung mit Frau Meurer, die von dem Täter am 25. Oktober 1929 überfallen worden ist, die aber mit dem Leben davon kam. Frau Meurer wurde am Sonntag zu den Vernehmungen herangezogen. Kürten wurde mit 20 anderen Personen in eine Reihe gestellt, ohne besonders aufzufallen.

Als Frau Meurer vor Kürten angelangt ist, läuft ein aufgeregtes Zucken über ihr Gesicht. Sie veranlasst ihn einige Worte zu sprechen. Der Mann tut, wie ihm geheissen wird. Entsetzt ruft Frau Meurer aus: "Der ist es gewesen, ich erkenne ihn an der Stimme, an seinem Aussehen, an allem!" Kürten bleibt ruhig, sagt nichts, lächelt... Frau Meurer: "Was haben Sie denn nun eigentlich an jenem Abend mit mir vorgehabt?" Kürten: "Ich wollte Sie erwürgen." Frau Meurer schreckt zusammen. Sie kann einige Minuten kein Wort reden. Dann hat sie sich gefasst, fragt mit zitternder Stimme: "Ja weshalb denn eigentlich?" Kürten sieht seinem Opfer in die Augen, stockend kommt es aus ihm: "Den Grund... den Grund... ach das verstehen Sie eigentlich nicht, das versteht überhaupt keiner, auch nicht die Polizei, das ist so merkwürdig und schwer zu verstehen. Ich weiss es im Grunde selber nicht. Ich wollte Sie eben ermorden. Ich musste es tun." Im polizeilichen Vernehmungsraum ist es unheimlich still. Man weiss nicht recht: spielte der Unhold nur Theater? Oder sprach wirklich die Stimme eines entsetzlichen Dämons aus ihm? - Dann ist Kürten wieder ganz sachlich, ganz Fachmann seines grausigen Metiers. Er berichtet die eine oder andere Ungenauigkeit in der Darstellung von Frau Meurer...

Die unheimliche Ruhe des Vampyrs macht bisweilen sogar einer gewissen Dreistigkeit Platz. Als einer der Beamten, den die Vernehmung sehr anstrengt, sich den Schweiß von der Stirne wischt, erklärt ihm der Mörder: "Das ist nichts für jemand, der so beleibt ist."



Kürten wohnt in der Mettmannerstrasse 71. Zusammen mit seiner Frau hatte er hier seit einem Jahre ein armselig möbliertes Speicherzimmer inne. Seine Frau, die während der Nachtstunden in einer Düsseldorfer Gastwirtschaft beschäftigt gewesen ist, hat, wie es scheint, von den Untaten ihres Mannes überhaupt keine Ahnung gehabt. Bereits nach den ersten Vernehmungen erlitt die Unglückliche einen Nervenzusammenbruch und musste nach der Irrenanstalt Grafenberg überführt werden. Erst ganz kurze Zeit vor der Verhaftung des Mannes erfuhr Frau Kürten von seinem Doppelleben, nachdem ihr bekannt geworden war, dass Kürten sich nachts ausserhalb des Hauses umhertreibe. Sie beobachtete auch mehrfach Schmutz auf den Anzügen ihres Mannes und sogar Blutspuren. Die Ursache dieser Spuren soll Kürten ihr ohne jede tiefere Gemütsbewegung gestanden haben, als er merkte, dass er von der Polizei umkreist war.

+ + +

Zuchthaus für Unzucht. Wegen Unzucht mit Todeserfolg wurde der 26 Jahre alte Bäckergehilfe Karl Strauss vom Schwurgericht in Dresden zu der Mindeststrafe von zehn Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt. Der Angeklagte hat Mitte März 1924 die 12 Jahre alte Schülerin Charlotte Exner aus Dresden genotzüchtigt und erstickt. Die Nachforschungen nach dem Täter blieben lange Zeit erfolglos. Vor drei Jahren meldete sich Karl Strauss auf der Dresdner Kriminalpolizei und bezichtigte sich der Schuld des Verbrechens. Bald widerrief Strauss seine Behauptungen, ohne dass man ihm Näheres nachweisen konnte. Ende 1929 hat Strauss seine Selbstbezichtigung wiederholt und eine so ausführliche Darstellung gegeben, dass an der Täterschaft nicht mehr zu zweifeln war. Vor dem Schwurgericht hielt der Bäckergehilfe das umfassende Geständnis, das er von innerer Unruhe getrieben abgelegt haben will, voll aufrecht. Das Verbrechen hat sich so abgespielt, dass Strauss die 12 jährige Schülerin in einen Hausflur lockte, vergewaltigte und, um ein Schreien des Kindes zu verhindern, gleichzeitig würgte. Das Kind ist erstickt. Strauss nahm das Urteil an.

+ + +

Grossfeuer bei Berlin. Nahe dem Bahnhof Stralau-Rummelsburg bei Berlin brach auf dem der Reichsbahn gehörenden Gelände am Montag mittag ein Feuer aus durch das in einer Ausdehnung von etwa 10 000 Quadratm eine ganze Anzahl von Lagerschuppen der Futtermittelfirma Vogel & Söhne vollständig eingeäschert wurden. Der angerichtete Schaden geht in die Millionen. Infolge der leichten Brennbarkeit des Lagermaterials und durch den herrschenden Wind konnten sich die Flammen mit ausserordentlicher Geschwindigkeit ausbreiten. Zeitweise war sogar das nahe Hauptschaltwerk der Reichsbahn schwer bedroht. Die Feuerwehr war auf 15. Alarmstufe gesetzt, sie war mit ungefähr 100 Fahrzeugen zur Stelle ein Rekord, der in Berlin überhaupt noch nicht vorgekommen ist. Durch die enorme Hitze gestalteten sich die Löscharbeiten sehr schwierig. Mit ungefähr 50 Rohren wurde Wasser gegeben. Drei Feuerwehrleute sind bei der Löscharbeit schwer verletzt worden.

+ + +

Schwere Motorradkatastrophe. In Erfurt rasten an einer Strassenkreuzung zwei Motorräder in voller Fahrt zusammen. Die vier auf den Maschinen sitzenden Personen wurden weit fortgeschleudert. Sie mussten mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus geschafft werden.

+ + +

Das Urteil im Kunert-Prozess. In dem vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte durchgeführten Kunert-Prozess, einem klassischen Seltenstück zum Stinnes-Prozess ist der Bankier Max Kunert zu 30 000 Mark Geldstrafe und der Kaufmann Salomon Dunkelblum zu 6000 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Die Urteilsbegründung wirft Kunert den versuchten Betrug in zwei Fällen vor, dem Kaufmann Dunkelblum die Beihilfe hierzu.



Wie lange noch Ueberstunden?

-----  
Aendert den § 6 der A.Z.V.!

SPD. In erschreckendem Umfang häufen sich bei den Behörden die Anträge auf Betriebsstillegungen aus Mangel an Aufträgen. Das Betriebsrisiko wird von den Unternehmern rücksichtslos auf die Arbeitnehmer abgewälzt. Sobald der Auftragsbestand nachlässt, wird die Belegschaft abgebaut. Gehen wenige Wochen später wieder Aufträge ein, dann versucht der Unternehmer mit einem Bruchteil der ehemaligen Belegschaft weiterzuarbeiten. Dieser Bruchteil muss dann mit Ueberstunden und zum Teil sogar mit Nachtschichten arbeiten, damit die Aufträge möglichst beschleunigt durchgeführt werden. Ueberstunden kosten zwar mehr Lohn, allein der Unternehmer profitiert dabei, denn der Betrieb arbeitet infolge der kräftigeren Ausnutzung der Maschinen, der Heizung, Beleuchtung usw. billiger, als wenn die gesamte frühere Belegschaft wieder eingestellt wäre. Die nicht wieder eingestellten Arbeiter belasten den Arbeitsmarkt, sie müssen die Arbeitslosenversicherung in Anspruch nehmen. Die wieder eingestellten Arbeiter arbeiten weit über den Achtsturentag hinaus. Gegen diesen Unfug muss endlich einmal eingeschritten werden.

Der § 6 der Arbeitszeitverordnung von 1927 bedarf einer Neuregelung. Nach seinen Bestimmungen kann bei nichttariflicher Ordnung der Arbeitszeit auf Antrag des Unternehmers für einzelne Betriebe oder Betriebsabteilungen eine abweichende Regelung der Arbeitszeit durch den zuständigen Gewerbeaufsichtsbeamten genehmigt werden, wenn z.B. betriebstechnische oder allgemein wirtschaftliche Gründe vorliegen. Diese Bestimmungen der Arbeitszeitverordnung erschweren eine planmässige Arbeitsmarktpolitik, Angesichts der gegenwärtigen ungeheuren Arbeitslosigkeit sind sie nicht mehr zeitgemäss. Das Recht, Ueberstunden, zweite oder Nachtschichten usw. zu genehmigen, muss von den Gewerbeaufsichtsbeamten, die eine rein technische Behörde darstellen, auf die sozialpolitische Reichsinstanz, d.h. auf die Arbeitsämter übergehen; denn diese allein können beurteilen, ob die Gestaltung des örtlichen Arbeitsmarktes in den betreffenden Berufen oder Gewerben eine Genehmigung von Ueberstunden rechtfertigt oder ob die Ueberstundenarbeit durch schnelle Vermittlung der erforderlichen Zahl von Arbeitskräften vermieden werden kann. Kein Unternehmen wird zusammenbrechen, wenn es sich die fehlenden Facharbeiter oder angelernten Arbeiter kostenlos vermitteln lässt, anstatt eine kleinere Belegschaft teure Ueberstunden machen zu lassen. Wenn das Arbeitsamt keine geeigneten Kräfte zur Verfügung hat und die Bereitstellung von Arbeitskräften auch durch benachbarte Arbeitsämter nicht möglich ist, so darf der Vorsitzende des Arbeitsamts die Genehmigung von Ueberstunden nur für eine bestimmte Frist erteilen, die für die Heranholung der geeigneten Arbeitskräfte notwendig ist.

Bei der Millionenarbeitslosigkeit in der deutschen Wirtschaft ist es heute eine soziale Pflicht erster Ordnung, mit der Ueberstundenwirtschaft gründlich aufzuräumen. Alle behördlichen Erlasse, Mahnungen und Warnungen an die Arbeitgeber haben bisher wenig oder garnichts genützt. Die staatliche Sozialpolitik muss daher die Praxis der Ueberstundengewährung abändern, d.h. sie den Erfordernissen einer planmässigen Arbeitsmarktpolitik anpassen. Die Hauptforderung ist, dass das Genehmigungsrecht für Ueberstunden auf das zuständige Arbeitsamt übergeht. Eine etwaige Beschwerde gegen Entscheidungen

eines Arbeitsamtsvorsitzenden, der beantragte Ueberstunden nicht genehmigte, wäre in dem üblichen Dienstweg beim Landesarbeitsamt, bzw. bei der Reichsversicherungsanstalt für Arbeitsvermittlung zu erledigen. Unüberwindliche Schwierigkeiten stehen der Verwirklichung dieser Forderung zur Entlastung des Arbeitsmarktes nicht im Wege. Schluss mit dem Ueberstundenskandal!

-----

SPD. In Oesterreich will die Regierung, ähnlich wie in Deutschland, die Arbeitslosenunterstützung verschlechtern. Während bisher der Nachweis einer versicherungspflichtigen Beschäftigung von 20 Wochen innerhalb der letzten 12 Monate für den Unterstützungsbezug notwendig war, soll nunmehr die Unterstützung von einer Beschäftigungsdauer in Höhe von 52 Wochen innerhalb der letzten zwei Jahre abhängig gemacht werden. Der Unterstützungsbezug soll auf die Dauer von 26 Wochen begrenzt bleiben.

Die frei organisierte österreichische Arbeiterschaft steht in geschlossener Kampffront gegen jede Verschlechterung der Arbeitslosenunterstützung.

-----

SPD. Der Reichsarbeitsminister Stegerwald hat dieser Tage einen Erlass über die Dauer der Krisenunterstützung herausgegeben, der bei den Arbeitslosen bittere Enttäuschung hervorrufen muss. Er enthält nichts über eine Ausdehnung des Personenkreises oder eine Verlängerung der Bezugsdauer. Der Minister sorgt sich lediglich, dass selbst die gegenwärtige Bezugsdauer von 36 Wochen eventuell zu reichlich sein könne. Er bringt daher in Erinnerung, dass die für die Entscheidung zuständige Stelle die Unterstützung auf einen kürzeren als den höchst zulässigen Zeitraum beschränken kann, wenn begründete Aussicht besteht, dass es dem Arbeitslosen möglich sein wird, innerhalb des verkürzten Zeitraums sich durch eigene Bemühung eine Arbeit zu verschaffen, deren Ablehnung die Entziehung der Unterstützung nach sich zöge. Die Beschränkung könnte auch noch nachträglich während des Bezuges der Unterstützung ausgesprochen werden.

Also auch wenn das Arbeitsamt dem Arbeitslosen keine Arbeit nachweisen kann, auch wenn in keiner Weise feststeht, dass ein Arbeitsloser unberechtigt Arbeit abgelehnt hat, sollen die Arbeitsämter nach Möglichkeit die heutige ungenügende Bezugsdauer für die Krisenunterstützung noch weiter beschränken und den Arbeitslosen der gemeindlichen Wohlfahrtspflege aufhalsen.

Kennt denn der Reichsarbeitsminister die unhaltbaren Verhältnisse in der Krisenfürsorge nicht? Was sollen derartige Verschlechterungen in einer Zeit, wo die Notwendigkeit der Ausdehnung der Krisenunterstützung fast in allen Kreisen anerkannt wird und wo der Vorstand der Reichsanstalt mit Mehrheit die Verlängerung der Bezugsdauer für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit gefordert hat?

-----

SPD. In der Krefelder Baumwollspinnerei ist es zur Aussperrung gekommen. Vor kurzem hatte die Firma durch Anschlag bekannt gemacht, dass sämtlichen Arbeitern gekündigt werde und nur die Arbeitskräfte, die sich bereit erklärten, zu den geringeren Lohnsätzen weiterzuarbeiten, mit ihr ein neues Arbeitsverhältnis eingehen könnten. Der von der Firma vorgesehene Lohnabbau in Höhe von 10 bis 25% war für die Arbeiter eine besonders harte Zumutung, da vereinbart ist, dass bei Ueberschreitung des Akkordrichtsatzes durch persönlichen Fleiss eine Herabsetzung der Ueberverdienste nicht erfolgen darf. Die Arbeiter haben sich dem Diktat der Firma nicht gefügt. Daraufhin erfolgte die Aussperrung.

SPD. Die Auskunftstätigkeit des Internationalen Arbeitsamtes hat, wie aus dem neuen Bericht des Direktors hervorgeht, einen gewaltigen Umfang angenommen. Im Jahre 1929 beantwortete das Amt nahezu 1000 Anfragen von Regierungen und Regierungsdienststellen. Parlamentariern, Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, freien sozialpolitischen Vereinigungen, wissenschaftlichen Instituten, Einzelpersonen usw. Es handelt sich vielfach um Anfragen, deren Beantwortung internationale Rundfragen und Erhebungen notwendig machten. Aus Grossbritannien kamen 142 Anfragen, Frankreich 135, Schweiz 101, aus den Vereinigten Staaten 72, Italien 64, Belgien 63 und aus Deutschland 133.

SPD. Geheimnisvoll und dunkel sind die Etatsverhältnisse des Reichswehrministeriums. Besonders peinlich berühren die Versuche, sogar die Arbeiterlöhne zum Zweck der Verschleierung der Ausgaben zu missbrauchen. Auch in diesem Jahr enthält der Etat in der Frage der Arbeiterentlohnung Dinge, über die man nur den Kopf schütteln kann. Ein Beispiel: Im Jahre 1929 waren im Kapitel (Truppenübungsplätze) 440 ständige Arbeiter mit einer Lohnsumme von 972 000 Mark verzeichnet. Die Lohnerhöhungen im vorigen Jahr haben, ganz hoch gerechnet, vier Pfennig pro Stunde betragen. Das ergibt pro Jahr etwa 100 Mark pro Kopf - bei 440 Arbeitern etwa 44 000 Mark. Der Etat des Jahres 1930 sieht nun für die 440 Arbeiter 1 010 300 Mark vor, d.h. ein Mehr von 68 000 Mark. Gleichzeitig sind in den Etat noch für Erhöhung der Löhne 133 400 Mark eingesetzt. Das ergibt pro Kopf eine Erhöhung von 303 Mark - für das Etatjahr 1930, in dem bis jetzt überhaupt keine Lohnerhöhungen gewährt worden sind und voraussichtlich auch nicht gewährt werden, weil der Lohnvertrag bis zum 31. März 1931 läuft und die Regierung Brüning - Moldenhauer bis jetzt jede zwischentarifliche Lohnerhöhung abgelehnt hat. Eine seltsame, höchst seltsame Etatsaufstellung!

SPD. Das "Nachrichtenblatt des Zechenverbandes" hat das Gesamtergebnis der Betriebsrätewahl im Ruhrbergbau veröffentlicht. Der "Deutsche", das Tagesorgan der Christen, bemerkt dazu, bei den Arbeiterverbänden drücke die Verschiebung des Anteils des ADGB zugunsten des Anteils der syndikalistisch-kommunistischen Bewegung der Wahl den Stempel auf. Die christlichen Gewerkschaften bewegten sich weiterhin in ständig aufsteigender Linie.

Die Bergarbeiter sind in allen Revieren von Arbeitslosigkeit heimgesucht. Unter dem Druck der Not liess sich ein Teil der Arbeiter im Ruhrgebiet wie in Oberschlesien bei den Betriebsrätewahlen von der skrupel- und hemmungslosen Agitation der Kommunisten einfangen. Die Ernüchterung ist jedoch, wie der Verlauf einer soeben stattgefundenen Versammlungsaktion des Bergarbeiterverbandes in Oberschlesien zeigt, sehr rasch eingetreten. Die Bergarbeiter rücken von den Moskauern ab. Die Belegschaften haben schnell erkannt, dass hinter dem revolutionären Phrasenschwall nichts steckt; denn bis heute haben die kommunistischen Betriebsräte noch nicht zur Verkürzung der Arbeitszeit oder zur Verbesserung des Lohns unternommen. In sämtlichen Versammlungen, die der Bergarbeiterverband in Westoberschlesien abhielt, fielen die Kommunisten glatt ab. Wie in Oberschlesien, so dürfte sich auch im Ruhrgebiet sehr bald der Erfolg der Kommunisten als Scheinerfolg entpuppen.

SPD. Die Gutachten des Sparkommissars über die Länderverwaltungen sind vom Beamtenbeirat des Gesamtverbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe sowie des Personen- und Warenverkehrs einstimmig abgelehnt worden. Der öffentliche Personalbedarf - so betont der Beamtenbeirat - werde von den jeweiligen öffentlichen Aufgaben bestimmt, über deren Notwendigkeit das Parlament zu entscheiden habe. Beamtenpolitische Sparvorschläge könnten im übrigen nur zusammen mit den Beamtengewerkschaften aufgestellt werden.

## Die sieben fetten Jahre.

(Vergällter Roggen wird verfüttert, eigener Roggen verkauft.)

SPD. Die Berichte über den Saatenstand lauten aus aller Welt durchaus günstig. Wir scheinen, um uns an die alte biblische Fabel zu halten, in einer Periode der sieben fetten Jahre zu stecken. Das nordamerikanische Ackerbauamt hat allerdings in letzter Zeit pessimistische Berichte veröffentlicht. Private Meldungen bezeichnen den Saatenstand aber als gut mittel. Kanada konnte die Frühjahrsbestellung frühzeitig beenden, sodass für die Zeit des Wachstums und der Reife wertvolle Wochen gewonnen worden sind. In Europa scheint die Saat noch günstiger zu stehen als in Übersee. Über Witterungsschäden (Feuchtigkeit, Rost, usw.) wurde nur in Frankreich und Italien geklagt. Fachkreise legen diese Klagen aber wenig Wert bei.

Nach Lage der Dinge kommt eine Verminderung der Vorratsbestände an Getreide und der Exportüberschüsse durch eine schlechte Ernte wohl kaum in Frage. Diese Tatsache dürfte wohl die Entwicklung der Getreidemärkte und auch die Tendenz der Getreidepolitik in den verschiedenen Ländern in Zukunft bestimmen.

Die gegenwärtige Situation auf den Weizenmärkten ist wieder einmal durch Nordamerika entscheidend beeinflusst worden. Die Notierungen in Chicago kamen wieder einmal der berühmten Dollargrenze bedenklich nahe. Das war Grund genug für die nordamerikanischen Stützungsstellen, verstärkt in den Markt einzugreifen und die Preise zu treiben. Für die europäischen Produktenbörsen lagen deshalb auch in der letzten Zeit die bekannten strammen Auslandsmeldungen vor. Die Aktion der nordamerikanischen Stützungsstellen wurde durch die Vorgänge in Argentinien wirkungsvoller gemacht. Die schlechtere argentinische Ernte wirkt sich jetzt aus und die argentinischen Verladungen, die so oft die Arbeit der nordamerikanischen Stützungsstellen durchkreuzten, blieben klein. Das verminderte Angebot aus Argentinien kommt der nordamerikanischen Preispolitik zugute. Andererseits scheint die Preispolitik des kanadischen Weizenpools unter Eindruck der günstigen Entwicklung des Saatenstandes zu stehen. Die Preisofferten des Pools halten sich in Grenzen. Der Pool trägt so auch dem Konsum Rechnung, wodurch er es zuwege gebracht hat, dass ihm der Löwenanteil der Aufträge zufällt. Auch die Franzosen liegen immer noch, eine Folge der guten Weizenernte und der staatlichen Ausfuhrbegünstigung, stark mit Angeboten am Markt.

Viel Beachtung hat die Meldung aus Nordamerika gefunden, dass sich die Vorräte in der letzten Zeit stärker vermindert haben. Die sichtbaren Weizenvorräte nahmen tatsächlich bis zum 1. Mai um 6,5 Millionen bushels auf 126,3 Millionen ab, während sie im Vorjahr nur um 4,2 Millionen auf 108,4 Millionen bushels zurückgegangen sind. Der stärkere Rückgang will nichts besagen. Man weiß auch nicht, ob er auf echte Käufe oder auf irgendwelche verdeckten Käufe der Stützungsstellen zurückzuführen ist. Man muss weiter berücksichtigen, dass die letzte Ernte in Argentinien und Kanada äusserst gering war. Für die Entwicklung der Vorräte ist überdies nicht ein mehr oder weniger verstärkter Abgang ausschlaggebend, sondern die Auffüllung durch die neue Ernte. Hier ist aber die Anbaufläche entscheidend. Sie hat sich in den Vereinigten Staaten von Nordamerika unter Berücksichtigung der Winterschäden mit rund 39 Millionen Acres um etwa  $1\frac{1}{2}$  Millionen Acres gegenüber dem Vorjahr verringert. Für Kanada und Australien liegt ohne Zweifel eine Vergrößerung vor. Wird also in den

Vereinigten Staaten von Nordamerika die Weizenproduktion verringert, so kommt für die beiden anderen Länder eine wahrscheinlich nicht unwesentliche Erhöhung in Frage. In Kanada liess man sich wahrscheinlich durch das günstige Wetter dazu verführen, mehr Land unter den Pflug zu nehmen. In Australien ist die Entwicklung mehr zwangsläufig. Der Sturz der Wollpreise hat hier zu einer Bewegung geführt, die dahin geht, dass die Wollfarmer die Schafzucht einschränken und sich mehr auf den Ackerbau werfen. Die Folge davon ist, dass Weideland in Weizenland umgewandelt wird. Allen Anschein nach hat diese Bewegung bereits grösseren Umfang angenommen. Sie wird sich ohne Zweifel demnächst auf den Weizenmärkten geltend machen.

Die Entwicklung auf dem deutschen Weizenmarkt ist stark durch politische Massnahmen bestimmt. Dazu gehört der Beimahlungszwang, der seine Verteidiger nur noch in bestimmten Kreisen der Landwirtschaft findet. Das Reichsernährungsministerium ist entschlossen, die Beimahlung für das ganze Jahr durchzuführen. Irgendeinen Grund für diese Einstellung hat das Ministerium nicht. Der auf dem Beimahlungszwang beruhende Bedarf an deutschem Weizen konnte in den letzten Wochen befriedigt werden. Es handelt sich dabei jedoch um kleine Mengen. An der Lieferung sind ganz bestimmte Bezirke beteiligt und man hat schon Grund zu der Annahme, dass die deutschen Bestände kaum hinreichen werden, um den Bedarf bis zur neuen Ernte zu decken. Man rechnet deshalb mit Schwierigkeiten in der Versorgung. Das Reichsernährungsministerium täte gut, wenn es die Anzeichen auf dem Markt für seine Massnahmen hinsichtlich des Vermahlungszwanges berücksichtigen würde.

Für den Roggen hat uns die Reichsregierung mit einer neuen Zollerhöhung auf 15 Mark je Doppelzentner beglückt. Der gegenwärtige Zoll macht etwa den Inlandspreis bzw. fast das Doppelte des Roggenauslandspreises aus. Dieser Rekordzoll soll zur Abwendung der russischen Roggeneinfuhr nach Deutschland dienen. Russland hat, gedrängt von seiner Devisennot, trotz unhefrierender Ernährungslage im eigenen Lande grössere Posten Roggen bei deutschen und holländischen Importeuren angeboten und zwar weit unter den deutschen Auslandsforderungen, obwohl der russische Roggen qualitativ besser ist. Die deutsche Regierung antwortete darauf mit einer Zollerhöhung. Das mag ein bequemes Mittel sein, ist aber jedenfalls kein Mittel, um eine unbequeme Konkurrenz wirklich auszuschalten. Mit derartigen Gewaltkuren bringt man die Märkte nicht in Ordnung.

Auf der Berliner Produktenbörse geht das alte Liebesgabenspiel in Roggen weiter. Aus allen Teilen Deutschlands wird Roggen in Berlin angeboten und die Stützungsstellen müssen sehen, wie sie mit diesem Angebot fertig werden. Die Mühlen kaufen so gut wie garnicht. Die Stützungsstellen können oft nur einen Teil des Angebots aufnehmen; z.B. konnte die Stützung an verschiedenen Tagen der Vorwoche nicht ganz durchgehalten werden. So kommt der Markt in immer grössere Verwirrung. In der jüngsten Zeit hat man begonnen, vergällten Roggen an die westdeutschen Mäster zu verkaufen. Wie aus Fachkreisen berichtet wird, hat das zu unangenehmen Erfahrungen geführt: die Mäster kaufen den vergällten Roggen, dafür bringen sie aber ihren eigenen Roggen, den sie ohne die durch Staatsgelder verbilligten Waren verfüttern würden, an den Markt, um den durch die Stützungsstellen künstlich erhöhten Preis zu erzielen.

SPD. Der am Montag veröffentlichte Reichsbankausweis für die vorletzte Maiwoche lässt einen Schluss auf die Auswirkung der letzten Diskontermassigung bei der Reichsbank nicht zu. Die gesamte Kapitalsanlage d.h. die Kreditbeanspruchung ist weniger stark zurückgegangen als in der Vorwoche. Immerhin liegt eine Ermässigung um 72,9 Millionen Mark auf 1 674,1 Millionen Mark vor. Der Rückgang bei den Beständen an Handelswechseln und Schecks wird mit 65,2 Millionen Mark auf 1 519,7 Millionen Mark angegeben. Die Lombardbestände verrin-



gerten sich um 15,7 Millionen Mark auf 53,3 Millionen Mark. Die fremden Gelder zeigen mit 680,2 Millionen Mark eine Zunahme um 124,2 Millionen Mark.

Das Effektenkonto hat sich um acht Millionen Mark erhöht. Hier kommen die am 20. Mai erfolgten Leistungen der Pflichteinzahlung bei der Bank für internationale Zahlungen in Basel zum Ausdruck.

Für eine nochmalige Ermässigung des Diskonts spricht die Gestaltung der Geld- und Devisenbestände. Hier liegt eine Erhöhung um 53,1 Millionen Mark auf 2 928,5 Millionen Mark vor. An der Erhöhung sind die Goldbestände (2 585,8 Millionen Mark) mit 8,2 Millionen Mark beteiligt. Es handelt sich bei dieser Erhöhung um von der Bank von England übernommenes Gold. Der Rest der Erhöhung, rund 45 Millionen Mark, fällt auf die Bestände an deckungsfähigen Devisen, die einen Stand von 342,7 Millionen Mark erreichten. In der Vorwoche war eine Verringerung um 32,4 Millionen Mark festzustellen. In beiden Fällen, sowohl bei der Ermässigung in der Vorwoche als auch bei der diesmaligen Erhöhung, handelt es sich immerhin um Zufälligkeiten. In der Vorwoche trat die Ermässigung im Zusammenhang mit den Zahlungen des Reparationsagenten ein. Diesesmal ist die Erhöhung auf die Auszahlung des letzten Rests der Kreugeranleihe zurückzuführen.

Im Zusammenhang mit der veränderten Kapitalsanlage und mit der Veränderung in den Geld- und Devisenbeständen erhöhte sich die Deckung der Noten durch Gold allein von 61,4 Prozent in der Vorwoche auf 63,9 Prozent und die Deckung durch Gold und Deckungsdevisen von 68,5 Prozent auf 72,4 Prozent.

---

SPD. Die Monatsbankbilanzen für Ende April weisen gegenüber dem Vormonat gewisse Veränderungen auf, die man unter Umständen als grundlegend bezeichnen kann. So haben die Kreditoren nicht mehr in dem Ausmass zugenommen wie im Vormonat. An der Kreditorenzunahme haben auch in der Hauptsache die öffentlichen Banken profitiert, was sich aus den günstigeren Zinssätzen erklärt. Der vermehrte Zuwachs dürfte wohl in der Hauptsache den öffentlichen Stellen zugute gekommen sein. Bei den eigentlichen Kreditbanken lässt sich ein Rückgang bei den Warenvorschüssen feststellen; er erklärt sich ohne weiteres aus dem zusammenschrumpfenden Aussenhandel. Rückläufig sind auch die Wechselbestände, was auf einen sich weiter vermindern den Umsatz in der Wirtschaft schliessen lässt. Im Gegensatz zu den Wechselbeständen haben sich die Debitoren gesteigert. Man kann annehmen, dass das Durchhalten von Lägern und Beständen Schwierigkeiten macht, weshalb der Kontokorrentkredit mehr in Anspruch genommen wird. Dabei scheinen die Banken vorsichtig zu verfahren, denn die gedeckten Debitoren haben mehr zugenommen als die Debitoren an sich.

Gestiegen sind auch die Börsengelder. Ob die Erleichterungen aber an der Börse eine Fortsetzung der in der letzten Zeit zu beobachtenden Teilhassen bedeuten, muss bezweifelt werden. Dagegen sprechen vor allem die zahlreichen Arbeiterentlassungen der letzten Zeit, die von der Börse allerdings politisch gewertet werden, und die Manipulationen bei der Dividendenausschüttung, die die Käufer an der Börse verstimmen.

---

SPD. Der Vorstand der Berliner Börse teilt mit, dass er eine Untersuchung bei der Chemische Werke Brockhues A.G. eingeleitet habe. Es sollen unzulässige Kursmanipulationen vorliegen. Vor einigen Tagen hiess es, dass die Brockhues zum mindestens 7% ausschütten würde. Darauf stieg natürlich der Kurs. Hinterher wurde bekannt, dass die Dividende nur 4% betragen würde, was natürlich Rückwirkungen an der Börse hatte. Die Zwischenzeit soll von der Verwaltung der Brockhues A.G. benutzt worden sein, um umfangreiche Börsengeschäfte durchzuführen. Es fällt auf, dass sich der Berliner Börsenvorstand auf Grund von Vorgängen, die wohl öfter vorkommen dürften, zu der obigen Massnahme entschlossen hat. Jedenfalls steht wohl fest, dass bei diesen Untersuchungen - wir erinnern nur an das Bankgeheimnis! - nichts herauskommen wird.

## Riesenandrang bei den Stützungsstellen.

(Berliner Getreidebörse vom 26.Mai.)

SPD. Die unregelmässige Roggentendenz fand am Montag an der Berliner Produktenbörse ihre Fortsetzung. Das Angebot aus der Provinz war sehr gross, jedenfalls ganz erheblich grösser als die Mengen, die von der Stützungsstelle zu unveränderten Kursen aufgenommen werden konnten. Demzufolge war der Andrang zu den Stützungsstellen sehr gross, während die Mühlen keinerlei Kauflust zeigten. Im Gegensatz hierzu war für Weizen ruhigere Stimmung vorhanden. Das Angebot in alter Ware ist nicht gross und fand bei normaler Kauflust bei unveränderten Preisen Aufnahme. Auch in neuem Weizen konnte sich einiges Geschäft entwickeln, wobei die Preise sich etwa auf Basis der Septembernotierungen bewegten. Am Markte der Zeitgeschäfte waren die Kurse im wesentlichen unverändert, für Weizen eher etwas fester. Am Mehlmarkt konnte sich keinerlei Geschäft entwickeln, da es an Kauflust fehlte. Dabei waren die Forderungen der Mühlen für Roggenmehl eher nachgebend. Auch Hafer hatte sehr stillen Markt. Seitens der Exporteure machte sich wenig Kauflust bemerkbar und auch der Inlandskonsum hielt sich sehr zurück. Die Preise mussten daher eher nachgeben.

	<u>24.Mai</u>	<u>26.Mai</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	290 - 292	290 - 292
Roggen	169 - 177	169 - 177
Braugerste	-	-
Futter- und Industriergerste	167 - 181	165 - 180
Hafer	150 - 160	148 - 158
loco Mais Berlin	-	-
Weizenmehl	32,00-40,00	32,00-40,00
Roggenmehl	22,25-25,50	22,00-25,40
Weizenkleie	8,25- 9,00	8,25- 9,00
Roggenkleie	8,50- 9,25	8,50- 9,25

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Juli 305 3/4 (305 1/4), September 269 1/2-269 3/4 (269). Roggen Mai 174-174 1/2 (174 1/2), Juli 178-178 1/2 (177), September 179-182 (179), Hafer Juli 161-160 (164).

### ----- Amtliche Eiernotierung.

(26.Mai)

SPD. Preise in Pfennigen je Stück im Grosshandel: Deutsche Eier: Trink-eier (vollfrische mit Stempel) über 65 Gramm 11, 60 Gramm 10, 53 gr 9, 48 gr 8. Frische Eier über 60 gr 9,5, 53 gr 8,5. Aussortierte kleine und Schmutzeier 7. Auslandseier: Dänen 18er 10,75, 17er 10,25, Estländer 17er 10, 15 1/2-16er 9,50, leichtere 8,75, Litauer grosse 9, normale acht, Bulgaren 8,25, Rumänen 7,75-8, Ungarn 8, Russen normale 7,75-8. Polen normale 7,50-7,75, kleine, mittel und Schmutzeier 6,50-7. Witterung: schön. Tendenz: ruhig.

### ----- Amtliche Kartoffelnotierungen.

SPD. Amtliche Kartoffelerzeugerpreise, Berlin, je Zentner waggonfrei ab märkischen Stationen: weisse 120-140, rote 130-160, gelbfleischige (ausser Nie-renkartoffeln) 230-260.

# Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D.

Berlin, den 26. Mai 1930.

G e l d ! x

Von Michail Kosyrew.

SPD. Bei der Schankwirtin Matrena ging es heute hoch her. Dort hatten sich eine Menge Bauern des Dorfes Bugra eingefunden. Da war einmal Fedor, Mitglied des Dorfsowjets, dann Pachom und Antipp, ferner Elisar. Sie hatten gerade ihren Waldanteil ausbezahlt bekommen und hatten es nun eilig, das Süsschen im abgekürzten Verfahren in vierzigprozentigen Schnaps umzusetzen. Ihr Gespräch drehte sich darum, wie die Leute eben leben.

"Da plagen wir uns, rackern uns ab," sprach Fedor, "und dabei kommt nichts heraus! Und warum? Weil kein Geld da ist!"

"Natürlich, aufs Geld allein kommt es an," bekräftigte Pachom. "Nehmen wir zum Beispiel die Leute von Kusminka. Mit denen können wir uns nicht vergleichen. Die leben herrlich und in Freuden."

"Sie haben eben Geld; da kann's ihnen freilich nicht mangeln!" fügte Antips hinzu.

"Die treiben Milchwirtschaft und beliefern die Stadt!" stellte Elisar fest

"Ohne Geld - keine Milchwirtschaft. Hätten wir Geld, so ging's uns auch nicht schlechter als denen von Kusminka."

"Das wär' fein," meinte Pachom träumerisch, "wenn die Regierung einem jeden, sagen wir: hundert Rübchen gäbe. Da könnte man sich ein wenig aufrappeln was?"

"Hundert langen nicht. Zwei..."

"Und wenn einer kein Pferd hat, der mag zusehen, wie er so lebt, wie die von Kaminka. Ja, wenn die Regierung..."

"Die wird dir was malen!" unterbrach Fedor. "Neulich fuhr ich über Land. Was sah ich? Die Mühle ist ganz verfallen. Warum, frage ich, bessert ihr sie nicht aus? Die tut euch ebenso not wie uns. Eine Mühle braucht man."

"Was sagten sie darauf?"

"'s ist kein Geld da. Und dazu ist nicht wenig Geld erforderlich. Es ist zum Kotzen!"

"Nun, könnte die Kooperative nichts aufnehmen? Die ist doch gut?"

"Hütet eure Taschen! Haben die etwa Waren in ihrem Laden? Weinen-möchte man... Und warum? ... 's ist kein Geld da."

"Das Geld hat ihr früherer Vorstand durchgebracht," bestätigte die Wirtin Matrena.

"Warum haben sie auch so einen Lumpen gewählt? Aus Armut. Wäre damals Geld vorhanden gewesen, wir hätten zwei Eimer Denaturierten hinter die Binde gegossen... und wären heller geworden..."

"Armut drückt nieder," seufzte Antipp. "Dazu gab's damals noch den grossen Brand, dem das halbe Dorf zum Opfer fiel. Das vermindert die Armut keinesfalls."

"In der Zeitung war zu lesen," wollte Fedor seine Bildung zeigen, "dass für den Fall, dass man rund um ein Dorf Birken pflanzt, sich ein Brand nicht so sehr ausbreitet. Wahr, wahr!"

"Ideen haben die Leute, Einfälle! Eine Zumutung! So arm sind wir und sollen Birken pflanzen."

"Ein reicher Mann kann auch einen Gemüsegarten anlegen, Ferkel züchten und Bienenstöcke halten. Wir Armen kennen ausser Schwaben keine Insekten."

"Die Schwaben kommen auch nur von der Armut," bestätigte Fedor. "Solange sie in Kusminka keinen Kampher hatten, gab es in jeder Hütte Schwaben und Wanzen; wie es eben einmal bei Bauern ist. Und jetzt? Ich war in drei Hütten. Da herrscht die grösste Reinlichkeit."

"Wenn Geld da ist, nehmen die Schwaben Reissaus."

"Kein Wunder. So eine Schwabe oder 'ne Wanze versteht alles. Bei einem Reichen bleiben die nicht, aber bei Armen... mit grösstem Vergnügen."

"Sogar das Ungeziefer merkt es.."

"Lauter Unsinn!" fiel Matrena ein. "Man giesst einfach heisses Wasser auf die Nester, und das Ungeziefer vergeht von selbst."

"Bei unsrer Armut ist das nicht zu machen. Wo sollen wir das Geschirr hernehmen?"

"Ja, wenn wir Geld hätten!"... - -

Die Flasche ging zu Ende, aber die Freunde wollten noch nicht heimgehen.

"Wie wär 's mit einer neuen Flasche?" fragte Fedor.

"Einverstanden", gab Pachom zurück.

"He, Matrena!"

"Habt ihr denn auch Geld?" erkundigte sich die Wirtin, die das ganze Gespräch aufmerksam verfolgt hatte.

"Wird sich schon finden!" entrüstete sich Pachom. "Glaubst du vielleicht, dass wir ganz abgebrannt sind?"

"Ein lumpiges Geld - - zwei Rubel."

Eine neue Flasche wird aufgetragen. Das Gespräch geht weiter. "Und warum", meint Fedor, "trinken wir? Nur aus Armut saufen wir uns ein Rausch an."

"Haben kein Geld; deshalb müssen wir saufen. Ja, wenn wir Geld hätten,.."

(Aus dem Russischen übertragen vom S. Borissoff.)

---

### Die Maharadschahs.<sup>x</sup>

Englands indische Bundesgenossen gegen Gandhi.

Von C. Patrick Thompson.

SPD. Der Verfasser, einer der angesehensten Journalisten Amerikas, ist ein genauer Kenner der englischen Kolonialpolitik in Indien.

Lange bevor Gandhi seinen Feldzug des passiven Widerstandes ins Werk gesetzt hatte, nahm die Versammlung der indischen Fürsten in Delhi eine Entschliessung an, mit der sie Gandhis Bestrebungen aufs heftigste bekämpfen zu wollen erklärte. "Sollte die Regierung", so hiess es in dieser Kundgebung, "dem nationalistischen Programme Gandhis auch nur die geringsten Zugeständnisse machen, so behielten sich die indischen Fürsten ausdrücklich das Recht vor, selbst alle geeigneten Schritte zur Wahrung ihrer Interessen zu unternehmen."

Als Mahatma Gandhis Eilbote sich mit seinem berühmten Ultimatum an den Vizekönig auf der Strasse nach Delhi befand, entbot dieser gerade der Kammer der indischen Fürsten seine huldvollen Abschiedsgrüsse. Und als "die grosse Seele" ihren Vormarsch des bürgerlichen Ungehorsams gegen die Salzgebiete des Gujarat begann, waren die meisten indischen Fürsten bereits in ihre Staaten zurückgekehrt, von wo aus sie, umgeben von ihren Frauen, Konkubinen und Erbprinzen, umgeben von ihren englischen Privatsekretären und von Grossbritanniens politischen Agenten, mit aufmerksamen Augen beobachteten, wie England auf die letzte Herausforderung Gandhis antwortete. England weiss, wie er seine wertvollen Bundesgenossen zu behandeln hat, unter denen sich Maharadschahs befinden.

deren Jahreseinkünfte in die Millionen Dollar gehen. Die englische Regierung überschüttet sie mit Auszeichnungen, begrüsst sie mit Salutschüssen aus ihren Kanonen und hat ein Staatszeremoniell in Geltung gesetzt, gegen das die jahrtausendalten Traditionen europäischer Höfe formlos erscheinen.

Es wird berichtet, dass sich einmal der Vizekönig mit seinem kleinen Hofstaat in den Thronsaal des Palastes von Delhi begeben hatte, um den Besuch eines mächtigen regierenden Fürsten zu erwarten. Die Hufschläge galloppierender Pferde waren zu hören. Ein Salutschuss nach dem andern wurde abgefeuert. Aber kein Fürst betrat den Marmorsaal. Was war geschehen? Endlich stürzte ein aufgeregter Adjutant in den Saal. Der erwartete Gast hatte das Anrecht, mit neunzehn Kanonenschüssen begrüsst zu werden. Eifervoll auf diese Ehrung bedacht, hatte er vor dem Palast innegehalten, um die Salutschüsse, die eine eigens aufgefahrene Batterie abfeuerte, zu zählen. Es waren nur achtzehn! Der Fürst wartete noch eine ganze Minute. "Nur achtzehn", sagte er dann zu seinem "Dewan", einem weissbärtigen Krieger, der hinter ihm stand. "Nur achtzehn", bestätigte sein Minister. Der erzürnte Maharadschah machte sofort kehrt, und die Hofwagen entfernten sich. Es mussten eiligst diplomatische Schritte unternommen werden, um den Maharadschah zu versöhnen. Es stellte sich heraus, dass wohl neunzehn Salutschüsse vorgesehen worden waren, dass jedoch eine Kanone fehlerhaft gewesen war und den Dienst versagt hatte.

Bevor die Engländer die pax Britannica in Indien proklamierten, war fast jeder Fürst mit jedem seiner Nachbarn im Kriegszustand. Es ergaben sich Situationen, wie zum Beispiel auf der Halbinsel Kathiawar (einem Lande von der Grösse Irlands, das nichtsdestoweniger 180 Staaten umfasst), dass die einzige ruhige Zeit im Jahre die war, wenn aus anderen Landesteilen fremde Eroberer eindringen wollten und sich die feindlichen Regenten zu gemeinsamer Abwehr gegen den Eindringling notgedrungen vereinten. Die Geschichte, wie die Halbinsel Kathiawar unter britische Herrschaft kam, ist kennzeichnend für die wirtschaftlichen Methoden der englischen Kolonialherrschaft. Der Peschwa von Puna erhob von den Fürsten Kathiawars einen jährlichen Tribut. Dann trat der Gaekwar von Baroda dem Peschwa von Puna zur Seite und hob den Tribut mit ihm gemeinsam ein, indem er für seine Bemühung einen erheblichen Zuschlagtribut berechnete. Schliesslich traten von Bombay aus die Engländer in das Geschäft ein. Ein englischer Oberst mit einer kleinen, aus englischen Truppen und Kriegeren des Gaekwar von Baroda zusammengesetzten Streitmacht stattete den tributpflichtigen Regenten einen Besuch ab; es wurde ein Übereinkommen unterzeichnet, in dem sich die Fürsten von Kathiawar verpflichteten, den Tribut für immerwährende Zeiten zu entrichten, während der Gaekwar die Verpflichtung übernahm, den Engländern die Verwaltung und Einhebung des Tributes zu überlassen. Heute sind die Rajputs von Kathiawar gute Freunde der Regierung. Der Fürst des grössten Staates von Kathiawar ist Jam Saheb Sir Ranjitsinhji, bekannt in englischen Sportkreisen als vorzüglicher Cricketspieler. Er hat das Anrecht auf 15 Kanonenschüsse, ist eine Hauptstütze Englands in der Kammer der Fürsten und hat Indien mehr als zweimal in den Völkerbundversammlungen vertreten.

Die Beziehungen zwischen dem Vizekönig und den Fürsten Indiens gründen sich teils auf Verträge, teils auf altgeübte Gewohnheitsrechte; aber stets hat auch das Nützlichkeitsprinzip eine grosse Rolle gespielt, und über einem unbotmässigen Fürsten schwebt stets das Damoklesschwert der Absetzung. Ein Fürst, der im Rufe der Trunksucht stand, erschoss im Zorne seinen Leibdiener. Ein anderer wurde überführt, seinen Onkel vergiftet zu haben, und ein dritter herrschte über seine Untertanen in allzu despotischer Weise. Sie wurden entweder aufgefordert, abzudanken, oder sie wurden abgesetzt. Ein Maharadschah, der in die Fusstapfen des letzten Schahs von Persien trat und mehr in Paris und an der Riviera anstatt in seiner Heimat lebte, empfing zuerst einen freundschaftlichen Rat, sodann sanfte Mahnungen, und, als er widerspenstig blieb, musste er erfahren, dass er zugunsten seines Bruders abgedankt hatte.

Oft versetzten Englands indische Bundesgenossen ihren Schutzherrn in nicht geringe Verlegenheit. Das war vor nicht zu langer Zeit der Fall des geheimnisvollen Mister A., der in ganz England Aufsehen erregte. Mr. A., ein junger indischer Potentat, kam eines Tages mit seinem Adjutanten in London an und lernte bei einem grossen Wohltätigkeitsfeste Frau Robinson, eine bezaubernde Dame der Gesellschaft kennen. Kurze Zeit später wurden die Beiden in einem Pariser Hotel von einem mysteriösen Gentleman, der sich Newton nannte, überrascht, und Mr. A. sah sich gezwungen, um in einem drohenden Ehescheidungsprozess nicht mit angeklagt zu werden, mit zwei Bankschecks, lautend auf den Betrag von je 750 000 Dollar, herauszurücken. Der eine Scheck wurde eingelöst, der andere noch vor der Einlösung annulliert. Der in seiner Ehre beleidigte Gatte schien jedoch den erlangten Betrag als nicht ausreichende Entschädigung anzusehen, und stregte gegen die Midland Bank in London einen Schadenersatzprozess wegen des nicht eingelösten Schecks an. So kam die blamable Geschichte in die Öffentlichkeit. Das Indienamt intervenierte. Die Klage gegen die Bank wurde abgewiesen, das Ehepaar von der Anklage der Erpressung freigesprochen, und nur Hobbs, der die Schecks verlangt und erhalten hatte, musste wegen Erpressung ins Gefängnis. Nun konnte das Indienamt den Schleier des Geheimnisses lüften. Mister A. war der Rajah Sir Hari Singh: Neffe, Thronerbe und Adoptivsohn des Maharadschahs von Kaschmir und Jammu. Der Vorfall wurde auch in seiner Heimat bekannt, und die englische Regierung musste allen Einfluss aufbieten, dass dieser Freund Englands nicht enterbt würde und ein Gegner der englischen Politik dereinst zur Herrschaft gelange.

Je mehr die indische Unabhängigkeitsbewegung anwächst, desto inniger wird die Freundschaft zwischen dem Vizekönig und den indischen Fürsten. Sie, die alles von der britischen Krone zu erhoffen und alles von Gandhis Unabhängigkeitsbewegung zu befürchten haben, bilden ein mächtiges Bollwerk der Herrschaft Grossbritanniens in Indien.

(Einzig berechnigte Übersetzung aus dem Englischen von Leo Korten.)

---

Mahraun zieht in den Krieg.

---

So, da haben wir die Kiste:  
Nächstens, bei den Sachsenwahlen,  
Wird auch eine eigne Liste  
Mahrauns uns entgegenstrahlen.

Bruderschaften, Grossballeien  
Werden sich mit umgeschnallter  
Ordenswehr zum Kampfe reihen.  
Hurra, hoch das Mittelalter!

Neu erstehen an der Elbe  
Nun die Zünfte. Man wird staunen.  
Und um dunkle Burggewölbe  
Wird verträumt der Wind mahraunen.

Jodok.

---



## Abstammungslehre im Altertum.<sup>x</sup>

SPD. Von der Entwicklungslehre kann man behaupten, dass sie seit den ältesten Zeiten in den Köpfen der Menschheit herumspukete, dass ihr aber dreimal vom Dogma der Weg verbaut war.

Die Entwicklungstheorie fing eigentlich mit dem griechischen Philosophen Anaximander an, der von 611 bis 546 v. Chr. lebte, und bei dem die Geschichte folgen ermassen aussah: Es gibt eine Urmaterie, die die Grundlagen zu den sogenannten vier Elementen Feuer, Wasser Luft und Erde bildet, die die sichtbare Welt zusammensetzen. Zu Anfang war alles, was existierte, von einer Feuerkugel umgeben. Als sie barst, bildeten sich Sonne, Erde und Sterne. Unter der Einwirkung der Sonnenstrahlen schied sich auf Erden das Wasser vom Land. Dabei aber entstanden im Schlamm blasige Gebilde, aus denen sich stachelige Fischgeschöpfe entwickelten. Die Tierwesen stiegen aus dem Feuchten ins Trockene und änderten sich ab zu den heutigen Tierarten. "Und aus anders gearteten Geschöpfen ging der Mensch hervor."

Das war so gewissermassen die erste philosophische Entwicklungsidee, die sich lange genug hielt (so lange, wie man nicht von allzu vielem Tatsachewissen beschwert war), bis zu dem römischen Dichter Lucrez, der 55 v. Chr. starb und nur noch hinzufügte, dass die "Federn der Erde", die Pflanzen, natürlich vor den Tieren entstanden seien.

Nur kam das erste Dogma, das den Weg versperrte: das strenge Christentum mit dem mosaischen Schöpfungsbericht. Das liess einfach keine andere Möglichkeit zu als die Darstellung der Bibel. Alles was man entdeckte, das anders eingerichtet war und aussah, musste auf biblische Verhältnisse umgebogen und durch Bibelstellen belegt werden, - ein Beispiel dafür ist der sogenannte "Physiologus", ein Lehrbuch über die Tiere vom christlich-religiösen Gesichtspunkte aus; damals weit verbreitet, heute als Kuriosum von denen, die um seine Existenz wissen, gern gelesen.

Allerdings liess man sich die unumschränkte Herrschaft der biblischen Lehre doch nicht ganz gefallen. Der Kirchenvater Augustinus selbst protestierte dagegen und belegte durch Bibelstellen, dass der Herr dem Meere den Auftrag gegeben habe, Tiere hervorzubringen. Diese Schöpferkraft wirke vielleicht nicht mehr jetzt, wirkte aber doch bedeutend länger als die sechs Schöpfungstage hindurch. Ausserdem wurde zur "Entlastung" der Arche Noah bemerkt, dass nicht jede Art in einem Pärchen darin die Sintflut überdauert habe, sondern von Hunden und Katzen beispielsweise nur je ein Paar, die anderen Hunde- und Katzenarten seien nachher wieder durch Klima usw. entstanden.

Allmählich verlor die Bibel nun ihre unbeschränkte Macht über die Wissenschaft, teils durch die Reformation, teils, weil die Gelehrten inzwischen wieder angefangen hatten, die alten Griechen, besonders den Aristoteles, zu studieren. Aber: nun wurde Aristoteles zum "Kirchenvater der Wissenschaft" und verbaute seinerseits den Weg. Jetzt musste eine Sache im Aristoteles stehen, um richtig zu sein. Immerhin, der grosse Gesner, Aldrovandi und andere überwand diese enge Aristotelesauslegung, bis zu Carl von Linne, dem grossen Systematiker. Wobei dieser Linne die "Unveränderlichkeit der Arten" als Grundgesetz nahm und damit das dritte und mindestens ebenso schwierige Dogma schuf!

Dass man endlich auch den Linne überwand, ist ein Beweis dafür, dass eine grosse Idee schliesslich immer siegt, aber auch ein Beweis, dass die grösste Idee sich nicht oder nur unvollkommen durchsetzen kann, wenn die Zeit dafür noch nicht reif ist; worüber die nächste Generation dann erstaunt zu lächeln pflegt

Willy Ley.

## Auskünfte. x

### Chemnitz.

SPD. Ich komme nach Chemnitz. Vor dem Polizeipräsidium stehen über zwanzig Lastautomobile vollbesetzt mit bewaffneten Polizisten und schwer bewaffneter Reichswehr. Der Platz ist abgesperrt. Schüchtern stehen auf der andern Seite neugierige Bürger und schauen zu. Ich gehe über die Strasse, spreche einen Polizisten an und frage, was hier passiert sei.

"Nu, läsen Sie geine Zeitungen?"

"Doch, aber ich bin erst vor einer halben Stunde in Chemnitz angekommen."

"So? Wohär gommen Sie denn?"

"Aus Berlin."

"Das hat auch in Berliner Zeitungen geschdandn."

"Aber ich kann mich an nichts entsinnen. Sonst würde ich Sie doch nicht fragen."

"Also, Sie wollen wissen, was los is?"

"Ja, bitte!"

"Dann missen Se äben auf den Friedhof gähn."

"Auf den Friedhof? Was ist denn da?"

"Nu, da wärn se doch begraben."

"Wer?"

"Ei nu, die Doden, freilich."

"Ja natürlich, da begräbt man die Toten. Aber wer ist denn gestorben?"

"Ei nu, die Erschossenen."

Woraufhin es mir so langsam dämmerte, dass drei Tage vorher hier Unruhen gewesen waren.

### München.

Ich frage einen Verkehrspolizisten: "Verzeihung, wie komme ich am besten da und dahin?"

"Sehen Sie dort über dem Platz die kleine Strasse, die quer einbiegt?"

"Ja."

"Die gehen Sie durch, die erste Querstrasse links, dann die zweite Querstrasse in der neuen Richtung wieder links. Dann kommen Sie auf einen grossen Platz, den müssen Sie überqueren, und vor dem grossen Kaufhaus, vor dem die grossen, weissen Lampen hängen, da steht ein Polizist mit einer Armbinde. Den müssen Sie fragen. Ich darf nämlich keine Auskunft geben."

### Paris.

Ich frage einen Verkehrspolizisten: "Verzeihung, wie komme ich am besten da und dahin?" Der Mann sieht mich eine Minute prüfend an. Dann sagt er: "Mit einem Auto."

Mario Mohr.

---

SPD. Werkzeuge aus Vulkangestein. x Waffen und Geräte wurden in der Steinzeit in den nordischen Ländern aus Feuerstein gefertigt. In südlichen Gegenden Europas benutzte man dazu Obsidian. Das ist ein hartes, glasähnliches, dunkles Gestein, das sich leicht in dünne, scharfkantige Scheiben spalten lässt. Es ist vulkanischen Ursprungs. Man hat Waffen, Pfeilspitzen, Messer, unter denen auch Rasiermesser sein sollen, und allerlei andere Werkzeuge aus Obsidian gefunden. Obsidian soll in grössern Mengen vor allem auf der griechischen Insel Melos vorhanden gewesen und von dort geholt worden sein. Man hat dort alte Steinbrüche gefunden und grosse Haufen mit Abfallscherben, sogar eine alte Werkstatt, in der Waffen und Geräte aus Obsidian gefertigt worden sind.

---

# Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S P D

Nr. 39

Berlin, den

26. Mai 1930.

Frauen im "Alten Berlin". +  
-----

SPD. Die grosse Berliner Sommerschau, die am 23. Mai in den Ausstellungshallen am Kaiserdamm unter dem Titel "Altes Berlin" eröffnet wurde, soll die Entwicklung der Weltstadt vor Augen führen und einen Ueberblick über die Arbeit geben, die hier seit Jahrhunderten geleistet wurde. Auch für die Frauen bietet diese Ausstellung etwas ausserordentlich Wertvolles und Einzigartiges: Sie zeigt nämlich innerhalb dieses Rahmens die ganze Entwicklungsgeschichte der Frau auf geistigem Gebiet, ihre Befreiung aus jahrhundertelanger Unterdrückung, ihr langsames Sich Entfalten auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens. Sicherlich hat keiner der Mitwirkenden bewusst diese Entwicklungslinie der Frau zeichnen wollen; vielmehr kam es den Ausstellern darauf an, möglichst naturgetreue Bilder Alt-Berlins zu geben. Umso unschätzbare aber sind für uns Frauen die alten Briefe und Fotos, die Oelgemälde und Zeichnungen von Frauen, die hier veröffentlicht sind. Denn hier wird das geschriebene Wort der Frauenbiographien und der Frauenuntersuchungen lebendig illustriert, und die unmittelbare Anschauung vermittelt starke und unvergleichliche Eindrücke.

Allerdings - die ersten Säle sch eigen vollkommen von Frauenarbeit und Frauengeist. Doch gerade dieses Schweigen sagt mehr, als es das Wort vermöchte. Es erzählt von der Zeit des Berliner Zunftwesens, als die geistige Enge in Einklang stand mit der Enge dumpfer Gassen, als der Frau noch im allgemeinen jede Möglichkeit seelischer und geistiger Entwicklung unterbunden war. Da sehen die Frauen der kleinen Handwerker aus ihren kleinen Häusern, da eilen sie über die Strassen zum Einkaufen, da wirken sie unermüdlich im Haushalt, ihrem einzigen Felde der Betätigung. Nur einige wenige Frauen vernehmen das Grollen der französischen Revolution, spüren mit feinem Gefühl, dass eine Zeitenwende bevorsteht: Frauen, die Zeit haben, die Wirkung geistiger Strömungen zu verfolgen, wohlhabende Bürgerinnen. Da ist Rahel Varnhagen und ihr Kreis, der die Frauenbewegung vorbereitet und stark gefördert hat. Aus altem, wurmstichigem Rahmen sieht uns ein Oelgemälde an: Rahel und ihr Bruder - sie selbst mit dem nachdenklichen, scharfen Blick, der ihr schon als Kind zu eigen war. Bilder, die sie als junges Mädchen und als reife Frau zeigen, vervollständigen den Eindruck ihrer Persönlichkeit. Man erlebt ihr starkes Temperament, als wenn diese Frau auch heute noch wirkte auf ihrem Lieblingsgebiete, dem sozialen Betätigungsfelde. Man spürt ihre ganze Warmherzigkeit, mit der sie sich für die Mütter eingesetzt hat, für die Erleichterung der Ehescheidung zugunsten der Frau, für eine moderne, weitsichtige Erziehung des Kindes. Nicht weit von ihr begegnet uns Bettina von Arnim, die nicht nur schwärmerische Episteln verfasst, sondern sich auch in einer mutigen Veröffentlichung für die Bekämpfung der Not der schlesischen Weber eingesetzt hat. Da sind ferner die kluge und hochgebildete Henriette Hertz und die problematische Charlotte Stieglitz, da ist Anna Gottheiner und Georgine von Uttenhofen - alles Frauen, die es hinausdrängt aus dem engen Rahmen, der ihnen zugewiesen ist. Im Verlag von Nicolai erscheinen Veröffentlichungen von Frauen: eine Reisebeschreibung Deutschlands und Italiens von Elisa von der Recke und Dichtungen einer einfachen Frau aus dem Volke, der Anna Karschin, die man leider bei Hofe eingeführt und der man dadurch das Beste und Natürlichste ihrer Persönlichkeit geraubt hat. Die Ausstellung hat zwei ihrer Bücher unter Glas aufbewahrt - das letzte erschien nach ihrem Tode im Jahre 1792, als

in Frankreich die grosse Revolution in der Ausrufung der Republik gipfelte.

Auch als Künstlerin entfaltet sich die Frau im "Alten Berlin", das an der Wende der Neuzeit steht. Berühmte Namen stehen unter den verblassten Frauenbildern, die von der Wand herabsehen: Carolina Lanz, Henriette Sonntag, Bertha Unzelmann, bedeutende Schauspielerinnen der Staatstheater, Julie Zelter die Sängerin, die zweite Frau Zelters, und endlich Jenny Lind die "schwedische Nachtigall", in der ganzen Lieblichkeit ihrer Erscheinung. Langsam eröffnen sich der Frau leitende Stellungen: Da ist die Direktorin eines Konservatoriums, und ihr zur Seite stehen künstlerische Leistungen von musikalischen oder schauspielerisch begabten Frauen, die den Vergleich mit den männlichen Berufskollegen nicht zu scheuen brauchen. Auf literarischem Gebiete vervollständigen Fanny Lewald und Hedwig Dohm, die viel angefeindete Frauenrechtlerin, deren Uebersetzungen der Fabeln Lafontaines, "Schicksale einer Seele", "Der Frauen Natur und Recht" und "Die Mütter" die Ausstellung aufbewahrt, diese Entwicklung. Und endlich werden unter dem Titel "Berlin im Roman" zwei Frauen der Gegenwart, Clara Viebig, deren Manuskript "Das tägliche Brot" vorliegt, und Alice Berend mit ihrem Roman "Spreemann u. Co." hervorgehoben.

Neben diesen in der Oeffentlichkeit bekannten Frauen aber sieht man immer wieder hinein in die Schicht jener Frauen, deren Leben nur harte Arbeit ums tägliche Brot ist, die nur ganz selten einmal die Sorgen um den Alltag hinter sich lassen können, Da bücken sich die Wäscherinnen von Köpenick tief über ihre Leinwand, die sie mühsam in dem kalten Wasser der vorbeifliessenden Spree säubern; da schleppen sie unermüdlich die schweren Waschkörbe von den Wohnungen nach dem Ufer, die kleinen Kinder sorgsam an der Hand, weil sie sie nicht ohne Aufsicht daheim zurücklassen wollen. Und die humoristisch gehaltenen Bilder der energischen Apfelverkäuferin, die andauernd ihr "Aepel, Aepel, Aepel.." schmettert, und der Ausruf der Verkäuferin von Spandauer Brezeln: "Kooften Se nich schöne Spandoosche Zimtbrezeln?" können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Pfennige, die diese Frauen verdienen, hart und schwer erkämpft sind. Das sind die Frauen, die die Ausstellung endlich in einem besonderen Saal, der Käthe Kollwitz und Hans Baluschek gewidmet ist, zeigt; die Proletarierinnen von gestern, die leider nur zu oft auch noch die Proletariennen von heute sind....

So bietet die Sommerschau am Kaiserdamm für die Frau etwas, das kein Buch ihr geben kann: Eine lebendige Anschauung der Vergangenheit ihres Geschlechtes und damit einen starken Ansporn zu einer gemeinsamen Arbeit, zu einem wirksamen, tatkräftigen Zusammenschluss aller werktätigen Frauen.

E.M.

-----  
Was sind Idiosynkrasieen ? +  
-----

SPD. Bei Schulzes ist Kindergesellschaft. Hänschen, der Sechsjährige, hat zu seinem Geburtstage die halbe Klasse eingeladen. Da geht es hoch her und ein ohrenbetäubender Lärm ist der Gradmesser des Amüsements. Als die Lustigkeit den Höhepunkt gerade überschritten hat und man eben nicht mehr recht weiss, was man nun noch anstellen könnte, werden grosse Schüsseln mit Erdbeeren und Schlagsahne hereingetragen, - von den Kindern mit grossem Hallo begrüsst und in erstaunlich kurzer Zeit verzehrt. -

Allen Kindern sind die köstlichen Früchte gut bekommen, nur Fritzchen nicht: der zum ersten Mal in seinem Leben Erdbeeren gegessen hat. Am nächsten Morgen wacht er mit roten, juckenden Flecken auf der Haut, mit sogenannten Quaddeln auf, mit Nesselkrankheit. Fritzchen hatm ohne es zu wissen, eine "Idiosynkrasie" gegen Erdbeereb.

Was bedeutet nun dieses in letzter Zeit so viel gebrauchte griechische Wort? Wörtlich heisst es eine einem bestimmten Individuum eigentümliche Säfte-

mischung, die so beschaffen ist, dass sie auf bestimmte Speisen oder Stoffe mit heftigen Krankheitserscheinungen erwidert. Was für Stoffe es sind, gegen die der Körper derart "überempfindlich" reagieren wird, kann niemand von vornherein wissen. Erst durch Schaden wird man klug; nur die Erfahrung kann uns lehren, welche Speisen oder Gegenstände wir meiden müssen. Es gibt Menschen, die, wenn sie winzige Spuren von Ei oder Fisch essen, oder überhaupt nur auf die Zunge bringen, heftigste Leibscherzen bekommen, begleitet von Erbrechen. Andere wieder bezahlen den Genuss von Mandeln, Nüssen, Pfirsichen mit jenen heftigen Beschwerden. Angenommen, eine ahnungslose Mutter gibt ihrem Kinde jeden Tag die eine oder andere dieser für alle übrigen Menschen harmlosen, für ihr Kind jedoch "giftigen" Nahrung, dann bekommt das Kind täglich seinen Nesselausschlag. Es gibt Menschen, die monate- und jahrelang von diesem quälenden Ausschlag heimgesucht werden, nur weil sie täglich, ohne den Feind zu kennen, sich immer wieder mit ihm berühren. Aber es kommt auch vor, dass sich mit der Zeit nicht mehr die rasch vergänglichen Quaddeln bilden, sondern dauernd bleibende, die sich über den ganzen Körper verbreiten. In diese Gruppe der Idiosynkrasien oder der mit ihnen eng verwandten sogenannten "allergischen Krankheiten" gehört auch der häufige und nicht ungefährliche Ausschlag bei ganz kleinen Kindern, der den Kopf, das Gesicht oder den ganzen Körper befällt, und der, wie man heute weiss, auf die Ernährung, vielleicht Ziegen- oder Eselsmilch, zurückzuführen ist, - eine Ernährung, die für Tausende von Säuglingen ganz harmlos ist, gegen die eben nur jenes bestimmte Kind sich als "überempfindlich" erweist.

Mit Darmkrankheit, Fieber, Erbrechen und Hautentzündung beantwortet der Körper das Eindringen des "Giftes", und alle diese Krankheitserscheinungen sind eigentlich nichts anderes als geniale Entgiftungsversuche der bedrohten Natur. Der Hautausschlag besonders entsteht nun aber nicht immer auf Angriff von innen, sondern viel häufiger und stärker auf Angriffe von aussen her. Hartnäckige Hautausschläge, deren Ursachen man oft nicht zu ergründen vermag, verbittern manchen Menschen geradezu das Leben. Die neueste medizinische Forschung hat die "allergischen Krankheiten" als so häufig erwiesen, dass man heute bei allen fieberhaften und sonstigen Ausschlägen, sofern keine andere, erkennbare Ursache vorliegt, eine Idiosynkrasie annimmt und nach dem schädlichen Stoffe sucht. Bei dem einen ist die japanische Primel die Sünderin, die nur im Zimmer zu stehen braucht, um bei dem "Empfindlichen" eine Hautentzündung zu erzeugen. Dem andern bekommt die Berührung mit Lack, Terpentin oder Zelluloid nicht. Vom dritten werden Verbände mit Jodoform nicht vertragen. Viele Aerzte und Zahnärzte bemerken plötzlich eine Idiosynkrasie gegen Chemikalien, mit denen sie bisher täglich hantiert haben. Denn auch das gehört zu dem Unverständlichen und beinahe Unheimlichen der Idiosynkrasie, dass sie keinesfalls immer bei der ersten Berührung mit dem bestimmten Stoff, sondern urplötzlich aus heiler Haut auftretend kann, und zwar Stoffen gegenüber, die bis dahin ohne jeden Schaden vertragen worden sind. So berichtet Dr. Hermann Dekker, der sich um die Aufklärung der Idiosynkrasien sehr bemüht hat, im "Kosmos" von einer berufsmässigen Spargelschälerin, die 30 Jahre lang täglich ihren Spargel schälte, ohne jede Beschwerden, und die eines Tages mit Ausschlag aufwachte und von da an nie wieder imstande war, Spargel zu schälen oder auch nur anzufassen.

"Überempfindlich" ist bei manchen Menschen die Schleimhaut der Luftröhren. Feinste Härchen von Katzen, Kaninchen, Pferden, von Baumwolle oder Federn geraten auf die Schleimhaut der Luftröhren und veranlassen die Schleimhautzellen zur Gegenstoffbildung. Daraufhin gibt es jedesmal, wenn der betreffende Stoff eingeatmet wird, eine hochgradige Entzündung der Luftröhren mit Schwellung der Schleimhaut, Verengung der Röhren, Husten, Auswurf, Atemnot, Asthma. Ueberhaupt Asthma ist, neben Nesselausschlag und Heufieber, die verbreitetste allergische Krankheit. Nach Ei, Fisch, Hefe, Milch können die gefürchteten Anfälle auftreten. Auch Bienenstiche können den Organismus so empfindlich machen, dass beim nächsten Bienenstich unfehlbar schweres

Asthma auftritt. Selbst "Asthma durch Holz" hat man in letzter Zeit mehrfach beobachtet. Ein junger Mann bekam mehrere Monate, nachdem er als Arbeiter in eine Holzsägerei eingetreten war, dauernde Asthma-Anfälle, die sofort nach seiner Entfernung aus dem Betriebe verschwanden. Das Uebel war entstanden durch eine Ueberempfindlichkeit gegen Holzstaub; die auf der Rinde des Holzes hausenden Milben und Schimmelpilze gelten als Erreger. Besonders aus Betrieben, in denen viele kostbare, ausländische Hölzer verarbeitet werden, häufen sich die Klagen der Arbeiter, sodass in deren Interesse eine genaue Untersuchung der betreffenden Holzarten auf Milben gefordert werden muss.

Ebenso verbreitet wie gefürchtet ist das Heufieber, das gleichfalls in die Gruppe der "allergischen Krankheiten" gehört. Die Heufieberkranken bekommen jedes Jahr, wenn das Gras blüht, heftige Entzündungen der Nasenschleimhaut und der Augenbindehäute bei der ersten Berührung mit dem Blütenstaub. Der Wohlhabende flüchtet in seiner Angst vor dem überaus lästigen Heuschnupfen ins Hochgebirge oder nach Helgoland. Uns weniger begüterten Sterblichen aber hat die moderne Heilkunst ebenfalls einen Weg erschlossen, dem Uebel vorzubeugen: Durch vorsichtig steigemde Einspritzungen eines Extraktes aus dem krankmachenden Blütenstaub sucht uns der Arzt allmählich an das "Gift" zu gewöhnen. Nur auf diesen beiden Wegen - Gewöhnung oder, wo es angeht, Herausfinden des schädlichen Stoffes und seine Vermeidung - ist Hilfe möglich.

Dr. Lily Herzberg.

-----  
Die Jeanne d'Arc der Griechen. +  
-----

SPD. Vor kurzem feierte Griechenland den hundertsten Geburtstag seiner Selbständigkeit: Durch das sogenannte Londoner Protokoll vom 3. Februar 1830 dem die Pforte am 24. April beitrug, wurde Hellas zum souveränen Reich erklärt. Anlässlich der hundertjährigen Freiheitsfeier wurden zur hellsten Freude der Philatelisten aller Länder Jubiläumsbriefmarken herausgegeben. Man sieht da Alexander Ypsilanti, den Armeeführer der Freiheitskämpfer, den Metropolitan Rhigas Pheraios, den ersten Märtyrer der Freiheitsbewegung den ersten Präsidenten des neuen Staates, den Grafen Kapodistrias, und schliesslich - eine Frau abgebildet, die schlechthin als die Jeanne d'Arc von Griechenland bewertet werden kann: Lascarina Bouboulis. Die Bouboulis war zwar keine Jungfrau geblieben, sondern heiratete sogar zweimal; dieser kleine Schönheitsfehler ändert jedoch wenig an der Tatsache, dass sie von der hellenischen Geschichtsschreibung als die tapferste Frau des Landes bezeichnet wird die in den Freiheitskriegen die Rolle eines Feldherrn und Admirals zugleich spielte!

Lascarina Bouboulis erblickte das Licht der Welt eigenartigerweise im Gefängnis. Ihr Vater, der Seemann war, wurde von den Türken verschleppt und in Ketten geworfen. Immerhin durfte der Gefangene den Besuch seiner Frau empfangen. Als Frucht einer solchen Visite kam die spätere griechische Nationalheldin zur Welt. So lernte sie die türkischen Kerker, in denen hunderte und tausende ihrer Landsleute dahinsiechten, reichlich früh kennen. Auch die Liebe zum Meere erwachte schon im frühen Alter bei dem kleinen Mädchen, das von dem Vater auf dessen Fahrten mitgenommen wurde.

Als der griechische Freiheitskrieg ausbrach, war Lascarina, kaum zwei- und zwanzigjährig, bereits zum zweiten Male Witwe: Ihre beiden Männer waren in türkische Gefangenschaft geraten und getötet worden. Die junge Witwe besass sechs Schiffe und ein Vermögen von 300 000 griechischen Talern; dies alles opferte sie bereitwilligst zunächst der Organisation der vaterländischen Geheimbünde, den sogenannten "Hetärien", und ab Februar 1821 der Befreiung vom türkischen Joch. Kaum erliess Ypsilanti seinen ersten Ruf an das griechische Volk, da eilte die junge Frau mit ihrer "Flotte" und mit einer selbst



angeworbenen und ausgerüsteten Söldnerarmee unter die Fahnen. Sie stellte sich auch selbst an die Spitze ihrer Leute und unterstützte den Landesangriff von General Colocotroni gegen Nauplia mit ihren Schiffseinheiten. Die Festung an der Nordseite des Golfs fiel und wurde 1824 Sitz der ersten griechischen Regierung. Nach diesem aufsehenerregenden Siege auf hoher See schloss sich die Tapfere der Armee des Generals Nikitara an, um zu beweisen, dass sie auch im Sattel ihren "Mann" stellte. Auch auf dem Lande blieb ihr die Siegesgöttin hold; an den Siegen von Argos und Tripolizza war der weibliche Feldherr ebenfalls in erster Linie beteiligt. Anschliessend machte sich die Bouboulis sogar selbständig, griff die Armee von Hursit Pascha auf eigene Faust an und jagte den gefürchteten Türkenfeldherrn in die Flucht.

Nach Beendigung des Freiheitskrieges erhielt die Nationalheldin ein Nationalgeschenk von ihrem dankbaren Volke: ein schönes Haus auf der Insel Nauplia und eine Lebensrente in ansehnlicher Höhe. Sie konnte sich nun sorgenfrei der wohlverdienten Ruhe und der Erziehung ihrer drei Kinder widmen. Tragischerweise war es ihr nicht vergönnt, ihren Ruhm lange zu geniessen: die Frau, die inmitten der vielen Kämpfe unverletzt geblieben war, fiel einem Meuchelmorde zum Opfer, dessen Umstände niemals aufgeklärt worden sind. Ihre Kinder und Kindeskinde widmeten ihr Leben bis in die heutige Zeit dem Vaterlande. Allerdings auf weniger kriegerische Weise als die "Jeanne d'Arc von Hellas"; ein Urenkel der tapferen Ahnfrau ist zum Beispiel heute Attaché der griechischen Gesandtschaft zu Paris. Die Zeiten haben sich eben in einem Jahrhundert zumindest insofern geändert, dass die entscheidenden Schlachten nicht mehr von den Feldherren, sondern von den Diplomaten geschlagen werden....

#### Marinka. +

SPD. Der Vetter des Dichters war mit einer seltsamen Mission auf die Reise gegangen. Eine biedere alte Frau in seiner Nachbarschaft hatte um seine Fahrt gewusst und ihm einen grösseren Geldbetrag mitgegeben. "Gehen Sie zu meiner Marinka", hatte sie gebeten, "bewegen Sie das Mädchel zur Heimkehr!" Die rothaarige Marinka war davongelaufen, ass das Brot der Strasse. Allnächtlich stand sie vor dem mattbeleuchteten Eingang eines kümmerlichen Hauses und suchte mit ihrem unsichtbaren Netz Männer zu fangen.

Der Abreisende hatte eingewilligt. Und nun war er am Ziel - bei seinem Vetter, dem Poeten. Er erzählte diesem von dem ungewöhnlichen Auftrag und bat ihn, mitzukommen. Der Lyriker - unverheiratet, weiberscheu und Sonderling - war stets bei der Sache, wenn es Missionen galt. Diesmal gedachte er sogar zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen. "Leopold soll sich uns anschliessen" entschied er. "Der unerfahrene Kleinstädter muss doch auch einmal das Leben kennen lernen." Dieser Leopold, ein Schützling des Dichters, war erst vor kurzem aus irgend einem Neste in die Metropole gekommen. Aber er fand sich dort bereits besser zurecht, als sein Schirmherr ahnte.

Als die drei bei Dunkelheit in die winklige, abgelegene Gasse einbogen, ward es dem jungen Manne seltsam zumute. Wohl wusste er aus Romanen und aus Schilderungen von Gerichtsverhandlungen, dass es die Missetäter immer wieder nach dem Schauplatz ihrer Verfehlungen zieht, Aber er hatte ja heute gar nicht hierher gewollt. Ganz zufällig - oder war es kein Zufall? - hatte man ihn eingeladen, mitzukommen. - - - Und nun ausgerechnet dasselbe Gebäude. Er fühlte sein Herz im Halse klopfen.

Gottlob, die Marinka war eine andere! Der Vetter des Dichters - sich wegen des dreifachen Ueberfalles entschuldigend - begann mit seinen Vorstellungen. "Als du jung warst", fuhr ihm die Dirne ins Wort, "bist du selbst kein Kostverächter gewesen. Man hat mir in der Heimat mancherlei über dich erzählt. Ja, wenn ich schwarze Haare hätte!" - "Nimm doch Vernunft an, Marinka!

Deine Mutter ist alt und kann eine Stütze gebrauchen." - "Ich bin nicht dazu geschaffen, ein Wrack zu betreuen". - "Sie wird dir regelmässig Geld geben." - "Jawohl, mit vielen Worten. Alle drei Stunden; aber niemals mehr, als für zwei Stunden ausreicht."

Ein Klopfen unterbrach die laute Unterhaltung. "Du musst mir etwas leihen Marinka", erklang eine weibliche Stimme, sobald ein Spalt geöffnet wurde. Vor der Schwelle stand jene Person, die Leopolds "Herrin" war. Sie rieb sich die Augen, riss die Tür weit auf, schritt geradeswegs auf den erstarrten Jüngling zu. "Warte nur!", funkelte sie ihn an, und hinaus war sie.

Der Vetter des Dichters setzte seine Bemühungen fort. Vergeblich. Der Poet selbst aber - unverheiratet, weiberscheu und Sonderling - kam nicht los von Marinkas Blicken. Hinter aller Verworfenheit fühlte er ein gequältes Gemüt. Die zynischen Redensarten schienen ihm weiche Regungen zu decken, deren sich die unglückliche Verirrte schämte.

Er blieb, als der Vetter und Leopold gingen. Erst kurz vor Morgengrauen trennte er sich. Es soll ein zärtlicher Abschied gewesen sein.

Dann ward es still, unheimlich still. Als auch um Mittag noch kein Laut von Marinka zu hören war, öffnete man ihr Zimmer gewaltsam. Sie hing leblos am Fenstergriff.

Heinrich Minden.

SPD. Prozess um die Aberkennung der Mutterschaft. + Der seltsame Lebensroman eines unehelichen Kindes bildet augenblicklich in der französischen Gerichtswelt eine gewisse Sensation. Eine uneheliche Tochter führt einen Prozess, um der Mutter, die sie erst gesucht hatte, die Mutterschaft aberkennen zu lassen. Diese Tochter wurde vor 35 Jahren von einem Dienstmädchen, Antoinette Fontaine, geboren, dann ganz der öffentlichen Wohlfahrt überlassen, bei Leuten auf dem Lande aufgezogen, ohne je wieder mit der Mutter in Berührung zu kommen, die ihr Kind nie suchte, Das Mädchen entwickelte sich ungewöhnlich schön und klug und wurde später die Gattin eines reichen Engländers, Mister Dudley, aus vornehmem Hause. Die junge Frau, die sich immer nach ihrer unbekanntem Mutter gesehnt hatten versuchte nun, die Mutter zu finden. Auf ihre Nachforschungen hin meldete sich schliesslich Antoinette Fontaine und gab an: die heutige Frau Dudley sei das einst von ihr geborene Kind. Frau Dudley bemerkte jedoch bald, dass diese Mutter unter der Maske der Zärtlichkeit es nur darauf anlegte, an ihrem Reichtum teilzuhaben. Allmählich begann sie daran zu zweifeln, ob sie überhaupt das von der angeblichen Mutter geborene Kind sei, und hat schliesslich den Antrag gestellt, der Antoinette Fontaine die Mutterschaft durch Gerichtsbeschluss abzuerkennen. Man darf auf die Verhandlung dieses wohl einzigartigen Gerichtsfalles gespannt sein.

SPD. Zwei Dutzend Vornamen. + Ein amerikanischer Vater hatte kürzlich den sonderbaren Ehrgeiz, seinem neugeborenen Kinde eine hohe Zahl von Vornamen zu verleihen, um ihm dadurch einen Vorrang vor andern zu sichern. Das Kind empfing in der Taufe 16 Vornamen. Dieser Ehrgeizige Vater indes wird geschlagen von einem andern, der seinerzeit einer Tochter zu jedem Buchstaben des Alphabets einen Vornamen gab: Anna, Berta, Cäcilia, Diana, Emilie, Fanny, Gertrud, usw. Als letzten Vornamen empfing dieses unglückliche Kind den türkischen Namen Zuleika. Man behauptet, sie hätte sich nie verheiratet, da der Vater von jedem Ehebewerber verlangt habe, dass er die Namen der Tochter auswendig vor- und rückwärts hersagen müsse, um seine geistigen Fähigkeiten zu beweisen.

# Deutscher Reichstag

173. Sitzung vom 26. Mai 1930.

SPD. Der Reichstag beriet am Montag nachmittag in zweiter Lesung das Ermächtigungsgesetz über Kapitalsteuerermässigungen und die Liquidierung der Bank für Industrieobligationen.

Abg. Dr. Hilferding (Soz.):

Der Sozialdemokratie wird von dem Reichsfinanzminister die Verantwortung für die katastrophale Finanzlage zugeschoben. (Zuruf: Unerhört! links) Gerade die Sorge um die Aufrechterhaltung der Reichsfinanzen hat uns Sozialdemokraten veranlasst, aus der Regierung auszuscheiden. (Sehr wahr! bei den Soz.) Der Reichsfinanzminister hat in Köln sogar von der Notwendigkeit gesprochen, die Finanzen ohne den Reichstag zu sanieren, wenn dieser die nötigen Schritte nicht bewillige. Was soll diese Drohung bedeuten, nachdem der Sanierungsplan im Reichstag eine Mehrheit gefunden hat? Der Minister sagte weiter, dass die Regierung zu regieren habe und dass der Reichstag dieses Recht zu regieren nicht an sich reißen dürfe. Damit geht er hinter die Verfassungszustände im Kaiserreich zurück. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wenn der Damm zu reißen drohe, meinte der Minister, dann gelte es nicht, die Gesetze der Aesthetik zu wahren. Solche Worte wären von Herrn Hitler oder Hugenberg zu erwarten, nicht aber von einem verfassungsmässigen Minister. (Zuruf rechts: Unerhört!) Ich muss ausdrücklich betonen, dass uns die Verfassungsbestimmungen keineswegs nur aus ästhetischen Gründen, sondern aus politischer Ueberzeugung am Herzen liegen.

Auf keinen Fall darf die Verfassungsfrage bei diesem Gesetz ausser Acht gelassen werden. Die Reichsverfassung kennt den Weg einer verkürzten Gesetzgebung nicht. Die sagt ausdrücklich, dass die Reichsgesetze vom Reichstag beschlossen werden und ein Verordnungsrecht gibt sie der Regierung nur zum Vollzug beschlossener Reichsgesetze. Auf Grund der Reichsverfassung ist es unmöglich, mit einfacher Mehrheit das Gesetzgebungsrecht des Reichstages einem einzelnen Reichstagsausschuss oder der Regierung zu übertragen. Ein solches Ermächtigungsgesetz kann nur mit Zweidrittelmehrheit beschlossen werden. Daran ändert nichts die Tatsache, dass das Ermächtigungsgesetz noch von der alten Regierung vorgelegt worden ist; in der betreffenden Kabinettsitzung ist die Frage, mit welcher Mehrheit das zu beschliessen wäre, gar nicht erörtert worden. Da die Ermächtigung zur Ermässigung aller Kapitalsteuergesetze erteilt werden soll, ist sie zweifellos auch eine allgemeine Ermächtigung. Jetzt macht man das für 5 oder 6 Gesetze, im nächsten Augenblick könnte man es für 20 Steuergesetze beschliessen und durch einfache Mehrheit das ganze Steuersystem der Neuregelung durch die Regierung und einen Ausschuss ausliefern. Nun könnte man vielleicht für besonders komplizierte Materien den Weg der Ermächtigung, natürlich auch nur mit Zweidrittelmehrheit, wählen. Hier aber handelt es sich um Gesetze, die meist nur einen Paragraphen haben. Ausserdem ist eine Mehrheit für die Regierungsvorschläge zweifellos vorhanden, da sich im Ausschuss auch die Deutschnationalen dafür erklärt haben. Auch das Motiv der besonderen Eile fällt weg, denn die Regierung beabsichtigt, die Steuermilderungsverordnung am Jahresende mit Wirkung vom 1. April des nächsten Jahres zu erlassen. Besondere Eile für diese Gesetze, die der Reichstag in drei Tagen erledigen könnte, ist also nicht vorhanden. Offenbar aber will die Regierung den Reichstag an Ermächtigungsgesetze gewöhnen, damit sie später leichter beschliessen werden, so soll der Reichstag ausgeschaltet und alles im Dunkel eines Ausschusses gemacht werden. (Hört! Hört! bei den Soz.)

Materiell ist zu sagen, dass der Abzug für die Kapitalertragsteuer die einzige Quellensteuer neben der Lohnsteuer ist. Vor dem Krieg konnte das mobile Kapital am leichtesten der Besteuerung entzogen werden, was auch geschah,

Das Gesetz hat technisch ausgezeichnet gewirkt, und so besteht umso weniger ein Grund zu seiner Abschaffung, als dann die Lohnsteuer die einzige Quellensteuer und ein Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter und Angestellten wäre. Allerdings hat der Abzug vom Kapitalertrag infolge des überwiegenden Angebotes von Kapital gegenüber der Nachfrage den erwarteten Erfolg nicht gehabt. Und es ist die Steuer im wesentlichen vom Schuldner statt vom Gläubiger, wie das Gesetz wollte, getragen worden. Man kann aus allgemeinen volkswirtschaftlichen Gründen dahin kommen, dass es richtig wäre, den Kapitalabzug für die fest verzinslichen Papiere vor allem für die Pfandbriefe zu beseitigen. Aber das würde einen Einnahmeausfall von 80 bis 90 Millionen Mark bedeuten, und die Regierung, die ein Defizit von 600 bis 700 Millionen zu decken haben wird, dürfte kaum einen solchen Ausfall eintreten lassen. Heute ist ja das Hauptproblem für die Hypothekenbanken nicht, wie sie die Pfandbriefe absetzen sollen, sondern, wo sie genug Objekte für die Ausgabe neuer Pfandbriefe finden. Deshalb wäre der Abzug nur für die neuen Emissionen fest verzinslicher Papiere zu beseitigen. Kein Besitzer 8%iger Pfandbriefe wird sie so leicht auf andere fest verzinsliche Papiere umtauschen. Ebenso wenig haben die Pfandbriefanstalten ein Interesse daran. Es besteht also nicht der geringste Grund, diese 80 bis 90 Millionen der Staatskasse zu entziehen. Wenn durch die Beseitigung des Kapitalertragabzugs bei den neuen Emissionen eine Schädigung des Wohnungsbaues eintritt, würde man das später immer noch korrigieren können. Man könnte diese Erleichterung sofort gewähren. Aber bei einem Defizit von 700 Millionen, und da wir auch für die nächsten Jahre stark notleidende Budgets vor uns haben, wird die Regierung am Ende dieses Jahres auf diese 90 Millionen nicht verzichten können. Es fallen also sämtliche Gründe, die man für die Ausschaltung des Reichstags anführt, weg.

Die geplante Abschaffung des Kapitalsteuerabzuges bei den Investment Trusts (Kapitalbeschaffungsgesellschaften) ist eine so komplizierte Materie, dass gerade hierbei die Mithilfe des Reichstags notwendig wäre. Die ganze Anforderung der Ermächtigung ist auch aus Gründen der Rechtssicherheit und aus verfassungsmässigen Bedenken unmöglich. Ueber der Wirtschaft würde ständig das Damoklesschwert der Aufhebung von der Regierung verordneter Massnahmen hängen, wozu ja der Reichstag immer das Recht behält. Wir würden u.U. sogar den Staatsgerichtshof zur Feststellung der Verfassungsmässigkeit von Massnahmen der Regierung anrufen. Ein solches Risiko ist für die Wirtschaft unerträglich und wir fordern die Regierung auf, das Gesetz auf verfassungsmässigem Wege beschliessen zu lassen. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. Fischer - Köln (Dem.): Unsere Bedenken gegen das Gesetz richten sich gegen die Nichtbefristung. Der Minister hat im Ausschuss eine Befristung bis zum 31. Dezember 1930 versprochen. Im übrigen stammt das Gesetz von der vorigen Regierung, und damals hat es der Verfassungsminister Severing nicht für nötig gehalten, auf den verfassungsändernden Charakter des Gesetzes hinzuweisen. Ueber die Notwendigkeit der Steuererleichterungen liegt ja materielle Einigkeit mit den Sozialdemokraten vor. Und da erübrigt sich die Drohung mit dem Staatsgerichtshof. (Zuruf des Abg. Dr. Hertz (Soz.): Wer garantiert für den Inhalt von Moldenhauers Verordnungen?) Auch der Inhalt der Verordnungen war von der vorigen Regierung schon festgelegt. Trotzdem sollte der Minister den Versuch machen, die vorhandene grosse Mehrheit für diese Massnahmen auszunützen.

Präsident Löbe verliest einen Antrag Breitscheid und Genossen, der die Einleitung des Gesetzes dahin abändert, dass die Steuersenkungsmassnahmen vom Reichstag beschliessen werden. Ein Antrag der Wirtschaftspartei auf Wiederabschaffung der erhöhten Umsatzsteuer und der Mineralwassersteuer wird ebenfalls verlesen. (Heiterkeit links)

Reichsfinanzminister Dr. Mollenhauer:

Ich muss den Bericht über meine Kölner Rede interpretieren. Ich habe nicht gesagt, dass die Sozialdemokraten aus der Regierung ausgetreten seien, weil sie sich geweigert hätten, an der Finanzsanierung mitzuwirken. Ich habe ausgeführt: Nicht an dem  $\frac{1}{4}$  % mehr oder weniger bei den Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung ist die Regierung auseinander gegangen, sondern an der Weigerung, sich an der notwendigen Reform dieser Versicherung zu beteiligen. Weiter habe ich gesagt, die Regierung ist entschlossen, die ihr gestellten Aufgaben, Osthilfeprogramm, Finanzsanierung usw. zu lösen, und wenn der Reichstag seine Mithilfe verweigert, an das deutsche Volk zu appellieren. (Heiterkeit links) Es bliebe dann nur die Reichstagsauflösung. Ich habe den grössten Wert auf die verfassungsmässige Erledigung unserer Pläne gelegt. Für die Demokratie besteht allerdings die grosse Gefahr, dass sie sich als unfähig erweist, die Schwierigkeiten zu meistern, die ähnlich wie 1923 auftreten. Damals hat sie sich zu einer Ermächtigung der Regierung verstanden. Die Demokratie muss endlich zu einer scharfen Aufgabentrennung kommen; es ist nicht gut für sie, wenn der Reichstag glaubt, regieren zu sollen. Ich habe keine Drohung gegen die Verfassung ausgesprochen. Ich bin nur für das englische System eingetreten, dass das Parlament nicht über den Voranschlag der Regierung hinausgehen kann. Das neue Finanzsystem kann nur in ruhiger Zeit aufgebaut werden; es galt, schnelle Hilfe gegen die dringendste Gefahr zu schaffen. Deshalb konnten die Steuergesetze noch nicht vollkommen gestaltet werden. Als die Sozialdemokraten in der Regierung sassen, hatten sie keine solchen Bedenken gegen Ermächtigungen, so zur Erhöhung der Beiträge in der Arbeitslosenversicherung, also zur Mehrbelastung der Bevölkerung. Die jetzt verlangte Ermächtigung fordert die Zustimmung des Reichsrats und des Steuerausschusses des Reichstags zu den Verordnungen. Ueber die Reichstagsausschüsse wird in der Oeffentlichkeit so berichtet, wie über den Reichstag selbst. Die Ermächtigungsgesetze von 1923/24 waren allgemein und sind daher auch mit Zweidrittelmehrheit beschlossen worden; eine so begrenzte Ermächtigung wie die vorliegende bedarf nach Reichsgerichtsurteil dieser qualifizierten Mehrheit nicht. Daher bitte ich, den sozialdemokratischen Antrag abzulehnen, dem demokratischen Antrag betr. die Reichsbahnvorzugsaktien stimmen wir zu. Wir wollen den Kapitalertragsabzug für alte und neue Emissionen anordnen, da sonst die angestrebte Erleichterung des Kapitalmarktes nicht erreicht würde. Die Aufhebung schon zum 1. Oktober d. J. ist wegen der Finanzlage des Reiches unmöglich. Wir bitten, auch alle sonstigen Anträge auf sofortige Aufhebung von Steuern abzulehnen. Verordnungen können nur durch Beschliessung eines Gesetzes vom Reichstag aufgehoben werden. Ebenso können aber auch bestehende Gesetze geändert werden. Also eine Rechtsunsicherheit wird nicht geschaffen. Zu Etikettefragen ist die Zeit zu ernst. Wir bitten das Gesetz anzunehmen.

Abg. Ende (Kom.): Der Etat ist in allen seinen Schätzungen falsch, ein Defizit von 0,7 bis 1 Milliarde steht in Aussicht. Der Youngplan gibt keine wirtschaftliche Erleichterung. In dieser Situation sollen Kapitalsteuersenkungen den neuen Verbrauchssteuererhöhungen vorausgehen. Wir glauben nicht, dass die Regierung sich um die Verfassungswidrigkeit ihrer Massnahmen kümmern wird. Aber wir glauben, dass dieses Gesetz eine qualifizierte Mehrheit erfordert. Die Sozialdemokratie hat selbst oft genug die Verfassung gebrochen und sollte nicht über die Nachahmung durch die Bürgerlichen lamentieren. Der Finanzminister hat auch die Erhöhung der Verbrauchssteuer auf dem Verordnungswege in Aussicht gestellt. Die Kapitalsteuersenkung ist eine Fortführung der Hilferdingschen Prämierung der Steuerhinterziehung durch Kapitalflucht nach dem Ausland.

Abg. v. Sybel (Chr. nat. Bauernp.) begründet die angekündigte Steuersenkung als im Interesse der Wirtschaft und der Massen liegend. Die Verfassungs-



Frage sei beim § 4 des Zollgesetzes von 1925 mit seiner Ermächtigung "auf ewig" schon erledigt worden. Die Bank für Industrieobligationen wäre sachlich überflüssig und nur infolge des Dawes-Diktats errichtet.

Abg. Dr. Pfleger (Bayer. VP.) begrüsst die Richtigstellung der Zeitungsberichte über Moldenhauers Kölner Rede durch den Minister, wendet sich gegen das häufige Reden von der Anwendung des Artikels 48, verneint aber die Notwendigkeit der Zweidrittelmehrheit für diesen von der Regierung erbetene Ermächtigung.

Abg. Dr. Hertz (Soz.):

Man muss ja Mitleid mit dem Herrn Reichsfinanzminister haben, da offenbar kein Zeitungsberichterstatter seine Kölner Rede richtig wiedergegeben hat. (Heiterkeit) Inzwischen hat er freilich in einer zweiten Rede das wiederholt, was er heute als von der "Kölnischen Zeitung" unrichtig wiedergegeben bezeichnet hat. — Der Minister hat heute wieder den Anspruch erhoben, dass die Reichsregierung den Reichstag führe; gerade bei der Sonderumsatzsteuer aber wurde der stärkste Beweis dafür geliefert, wie die Regierung sich von ihren früheren Erwägungen frei gemacht und sich in das Schlepptau der unsachlichen Interessen einer kleinen Gruppe begeben hat. Unsere Einwendungen gegen dieses Ausnahmegesetz werden heute auch von einem Teil der damals zustimmenden Parteien geteilt, wie ihre Aufhebungsanträge beweisen. Es hat sich inzwischen bewahrheitet, was wir damals gesagt haben, dass diese Steuer nicht die Grossbetriebe des Einzelhandels, sondern die kleinen und kleinsten Betriebe schädigt. Selbst die "Kölnische Zeitung" kommt am 22. Mai zu folgendem Schluss: "Die Wirtschaftspartei, die ja in der Hauptsache dieses famose Gesetz zu verantworten hat, belastet also durch diese Steuer genau diejenigen Kreise, die sie schützen will, und die ihre eigentlichen Wähler sind."

Wir beantragen, diese Steuer wieder aufzuheben, und zwar mit rückwirkender Kraft. Der Zentrumsantrag, der die Aufhebung mit der Gesamtreform der Umsatzsteuer verkoppeln will, hat keine praktische Wirkung, denn bis zu dieser Gesamtreform werden noch Jahre vergehen. Dem demokratischen Antrag werden wir, falls unser Antrag abgelehnt wird, zustimmen, weil er wenigstens versucht, dieses Ausnahmerecht in seiner finanziellen Wirkung rückgängig zu machen. Der Vorredner hat beantragt, alle diese Anträge dem Steuerausschuss zu überweisen. Das ist unnötig, denn sachlich ist ja erst vor kurzem gründlich darüber diskutiert worden. Ausserdem wäre vor einigen Tagen neue Gelegenheit dazu gewesen. Der Antrag scheint daher weniger eine sachliche Klärung, als eine Vertagung auf unbestimmte Zeit zu wollen, es sei denn, dass der Steuerausschuss morgen zusammenträte und am Mittwoch hier berichtete. Natürlich müsste der Ausfall von 33 Millionen irgendwie gedeckt werden, wenn man die Reichsfinanzen gewissenhaft behüten will. Tut das aber die Reichsregierung? Sie hat die Nachverzollung für Benzin unterlassen, was einen Ausfall von 20 bis 25 Millionen bedeutet, (Hört! Hört!) und nichts anderes als ein Geschenk ist an diejenigen geschickten Händler und Interessenten, die rechtzeitig vor der Erhöhung des Benzinzolls und vor der Einführung der Benzinsteuer genug Benzin eingeführt haben. Die Sonderumsatzsteuer ist also spruchreif zur Entscheidung, wenn man in der Steuerergesetzgebung die Grundsätze der Gerechtigkeit und der wirtschaftlichen Zweckmässigkeit aufrecht erhalten will. (Lebh. Beifall der Soz.)

Abg. Reinhold (Dem.): Da verschiedene Regierungsparteien Aufhebung der Sonderumsatzsteuer beantragen, sich also an ihren vor kurzer Zeit gefassten Beschluss nicht gebunden erachten, beantragen wir nunmehr, dass die Sonderumsatzsteuer sofort aufgehoben wird. (Bewegung) Uns scheint es falsch, dass der Minister im Lande herumreist und für das Sparen redet, anstatt Taten sehen zu lassen. (Heiterkeit links) Warum äussert sich die Regierung nicht zu den Defizitgerüchten?

Abg. Collosser (W. VP): Wir begrüssen das Verschwinden der Kapitalertrags-



Wertzuwachs- und Grunderwerbssteuer, weil dadurch die Lage des Baugewerbes verbessert wird. Wo ist die Gerechtigkeit, die die Sozialdemokratie fordert, gegenüber dem Mittelstand? Den Konsumvereinen sind beim Zündholzmonopol Millionen Geschenke gemacht worden. (Zuruf links: Unsinn)

Abg. Dr. Wienbeck (Dnat.): verspottet die Regierungsparteien unter lebhafter Heiterkeit wegen ihres Durch- und Gegeneinanders. Wir sind für Ausschussberatung, für Aufhebung der erhöhten Umsatzsteuer, damit wir erfahren, welche Geheimnisse im Schoss der Regierung schlummern, und wie ihre "zielklare Politik" aussieht. (Heiterkeit) Die Wirtschaftspartei nennt sich Mittelstandspartei, hat aber ihre Tätigkeit als Regierungspartei mit einer hohen Belastung des Kleinhandels begonnen.

Abg. Drewitz (WiP) erwidert damit, dass das grosse Defizit schon von 1927 herrührt, wo die Deutschnationalen in der Regierung sassen. (Zustimmung links) Der Redner setzt sich unter grosser Heiterkeit der Linken für eine "Verelendung" der Umsatzsteuer ein.

Der sozialdemokratische Antrag auf Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes und Aufforderung an die Regierung, die Steuerherabsetzungen einzeln und verfassungsmässig zu beantragen, wird im Hammelsprung mit 174 Stimmen der Regierungsparteien und der Deutschnationalen gegen 156 Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten abgelehnt und das Gesetz in einfacher Abstimmung angenommen; der sozialdemokratische Antrag, in der Einleitung des Gesetzes zu sagen, dass die Erfordernisse verfassungsändernder Gesetzgebung erfüllt seien, wird abgelehnt. Die Anträge werden mit Mehrheit dem Steuerausschuss überwiesen. Darauf wird das Gesetz in dritter Lesung mit dem gleichen Stimmenverhältnis verabschiedet. -

Präsident Löbe: Das Gesetz ist mit einfacher Mehrheit angenommen. Auch das Gesetz betreffend Liquidierung der Bank für Industrieobligationen wird verabschiedet.

Um 19 Uhr vertagt sich das Haus auf Dienstag 15 Uhr: Etat des Reichswirtschaftsministeriums.

---

Berichtigung: Auf Seite 2 des Reichstagsberichtes muss es in der dritten Zeile statt "Wiederabschaffung" Beibehaltung heissen.

---